



OESTERREICHISCHE NATIONALBANK  
EUROSYSTEM

# STATISTIKEN

Daten & Analysen

Die Quartalspublikation *Statistiken – Daten & Analysen* fokussiert ihre Berichte auf die österreichischen Finanzinstitutionen, Finanzströme und Außenwirtschaft.

**Medieninhaberin und  
Herausgeberin**

Oesterreichische Nationalbank  
Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Vienna  
PO Box 61, 1011 Vienna, Austria  
www.oenb.at  
oenb.info@oenb.at  
Phone (+43-1) 40420-6666  
Fax (+43-1) 40420-046698

**Schriftleitung**

Johannes Turner, Gerhard Winkler, Michael Pfeiffer

**Koordination**

Patrick Thienel

**Redaktion**

Marc Bittner

**Grafische Gestaltung**

Abteilung Informationsmanagement und Services

**Layout und Satz**

Andreas Kuleschitz, Melanie Schuhmacher, Michael Thüringer

**Druck und Herstellung**

Oesterreichische Nationalbank, 1090 Wien

**DVR 0031577**

**ISSN 2310-5364 (Online)**

© Oesterreichische Nationalbank, 2019. Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Auf geschlechtergerechte Formulierungen wird verzichtet, an ihrer Stelle verwendete Begriffe gelten im Sinn der Gleichbehandlung grundsätzlich für beide Geschlechter.

Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, UW-Nr. 820.



Please collect used paper for recycling.

EU Ecolabel: AT/028/024

# Inhalt

Editorial	5
Kurzbericht	7
Hoher Einlagenzuwachs bei Österreichs Banken	9
<i>Martin Bartmann</i>	
Analysen	13
Neue statistische Berichtspflichten im Bereich der Zahlungsverkehrsstatistik	16
<i>Patrick Thienel</i>	
Kreditboom geht bereits ins dritte Jahr	25
<i>Gerald Hubmann</i>	
Ausfallsansteckung innerhalb von nichtfinanziellen Konzernen	37
<i>Paul Ehrlich</i>	

## Daten

### Tabellenübersicht

1	Österreichischer Beitrag zu den Euro-Geldmengen M3	49
2	Ausleihungen innerhalb und außerhalb des Euroraums	50
3	Kundenzinssätze – Neugeschäft	51
4	Konsolidierte Vermögenslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD	52
5	Konsolidierte Eigenmittel des gesamten österreichischen Bankensektors gemäß Teil 2 und 3 CRR	53
6	Konsolidierte Ertragslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD	54
7	Kredite gemäß ZKRM-V – alle Sektoren (Kreditinstitute, Leasing- und Versicherungsunternehmen)	55
8	Kredite gemäß ZKRM-V – Kreditinstitute insgesamt	56
9	Sonstige Finanzintermediäre	57
10	Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen	58
11	Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung und Verbindlichkeiten	59
12	Zahlungsbilanz – Gesamtübersicht – Global	60
13	Österreichs Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland	61
14	Direktinvestitionen	62

# Editorial

Liebe Leserinnen und Leser!

Im einleitenden Artikel des vorliegenden Statistiken-Hefts beschäftigt sich Patrick Thienel mit den Plänen der Europäischen Zentralbank, die Berichtspflichten von Zahlungsdienstleistern auszuweiten um damit die Entwicklungen auf den Zahlungsmärkten in den Mitgliedstaaten besser beobachten sowie das Funktionieren der Zahlungsverkehrssysteme gewährleisten zu können. Auslöser für die Überarbeitung waren gesetzliche Änderungen, neue innovative Zahlungsmethoden sowie Anforderungen vonseiten der Datennutzer.

Wie gewohnt werden Ihnen die aktuellsten Österreich-Ergebnisse der euroraumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft von Gerald Hubmann präsentiert. Hier werden sowohl die Angebots- als auch die Nachfrageseite der Kreditvergabe sowie die Refinanzierungssituation näher beleuchtet. Hauptaussage ist, dass die in den letzten Jahren stark gestiegene Kreditnachfrage durch den zunehmenden Finanzierungsbedarf der heimischen Unternehmen bedingt ist. Die Aufnahme neuer Kredite war in den letzten Jahren für die Unternehmen zu immer günstigeren Konditionen möglich, da die Banken seit Mitte 2016 – hauptsächlich aus Wettbewerbsgründen – die Margen für durchschnittlich risikoreiche Unternehmenskredite kontinuierlich gesenkt haben.

Paul Ehrlich untersucht in seiner Analyse die Ausfallsansteckung innerhalb von nichtfinanziellen Konzernen. Da Unternehmen eines Konzerns verbunden sind, stellt sich die Frage, ob Ausfälle eines Unternehmens zu Ausfällen anderer Konzernmitglieder führen. Über die Jahre 2009–2015 zeigen die Ausfallraten auf Unternehmensebene und Konzernebene insgesamt ein zyklisches Verhalten. Weiters wird sichtbar, dass die Ansteckung für die Gesamtstichprobe innerhalb des ersten Jahres im Monat des ersten Ausfalls besonders hoch ist, sowie, dass von Ansteckung vor allem jene Konzerne besonders stark betroffen sind, bei denen die Konzernmutter ebenfalls ausfällt.

Ein Kurzbericht sowie eine Kurzauswahl von 14 Tabellen ergänzen das vorliegende Heft. Auf unserer Website steht Ihnen unter <http://statistik.oenb.at> ein umfassendes Datenangebot zur Verfügung. In diesem Zusammenhang möchten wir Sie auf folgende Links aufmerksam machen:

Standardisierte Tabellen: <http://www.oenb.at/Statistik/Standardisierte-Tabellen.html>

Benutzerdefinierte Tabellen:

<http://www.oenb.at/isaweb/dyna1.do?lang=DE&go=initHierarchie>

Veröffentlichungskalender: <http://www.oenb.at/isaweb/releasehierarchie.do?lang=DE>

Seit 2011 steht Ihnen das umfangreiche OeNB-Statistikangebot für Smartphones und Tablets kostenlos mobil nutzbar zur Verfügung. Die App wird auf der OeNB-Website unter <http://app.oenb.at> präsentiert.

Sollten Sie Fragen zum Datenangebot der OeNB haben, wenden Sie sich bitte an unsere Statistik-Hotline, +43-1-40420-5555 oder [statistik.hotline@oenb.at](mailto:statistik.hotline@oenb.at).

Wenn Sie per E-Mail über Neuerscheinungen informiert werden möchten, bitten wir Sie, sich unter [www.oenb.at/Service/Newsletter.html](http://www.oenb.at/Service/Newsletter.html) zu registrieren.

Johannes Turner  
Gerhard Winkler  
Michael Pfeiffer



# Kurzbericht





# Hoher Einlagenzuwachs bei Österreichs Banken

## Einlagenentwicklung bei Banken im Euroraum-Vergleich

Martin Bartmann<sup>1</sup>

Österreichische Banken verzeichneten im Jahr 2018 erneut einen deutlichen Einlagenzuwachs. Das entsprechende Jahreswachstum von Einlagen inländischer Nichtbanken lag im November 2018 bei 7,0% und damit auf einem 10-Jahreshoch. Trotz historisch niedriger Zinssätze weiteten insbesondere private Haushalte ihre täglich fälligen Einlagen – im Ausmaß von 16,4% – weiter aus. Bei Unternehmen waren in Österreich ebenfalls höhere Einlagenbestände zu beobachten, deren Anstieg fiel im November 2018 mit 5,2% aber weniger dynamisch aus als im Vorjahr.

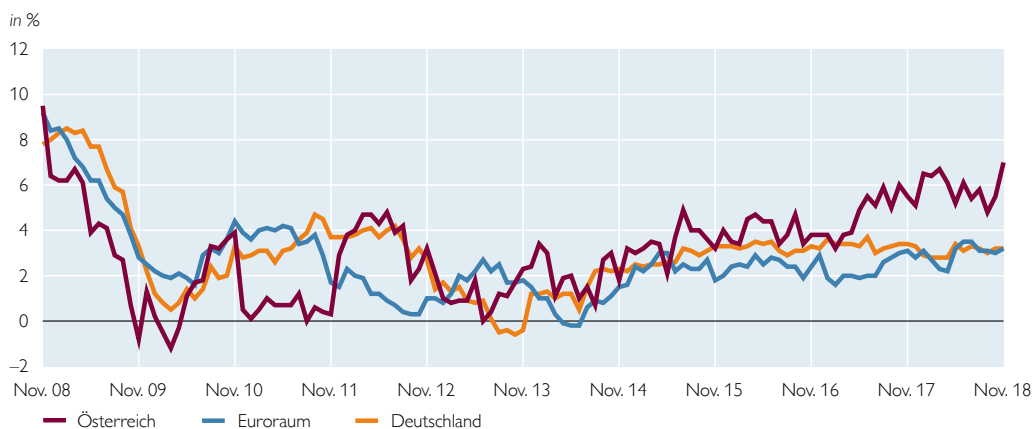
### Hohes Einlagenwachstum bei Banken

Österreichische Banken verzeichneten im Jahr 2018 einen deutlichen Einlagenzuwachs. Das entsprechende Jahreswachstum von Einlagen inländischer Nichtbanken lag im November 2018 bei 7,0% und damit auf einem 10-Jahreshoch. Eine noch dynamischere Entwicklung wiesen im Euroraum-Vergleich lediglich Litauen (10,9%), Zypern (8,8%) und Estland (7,9%) auf. Das Einlagenwachstum in Deutschland und auch im gesamten Euroraum-Durchschnitt war im November 2018 mit 3,2% deutlich geringer.

Die gesamten Einlagen inländischer Nichtbanken lagen im November 2018 bei 371 Mrd. EUR und stammten zu 68% bzw. 254 Mrd. EUR von inländischen privaten Haushalten und zu weiteren 18% bzw. 66,4 Mrd. EUR aus dem Unternehmenssektor. Die restlichen Einlagen verteilten sich in Österreich auf sonstige

Grafik 1

### Jahreswachstum von Einlagen inländischer Nichtbanken

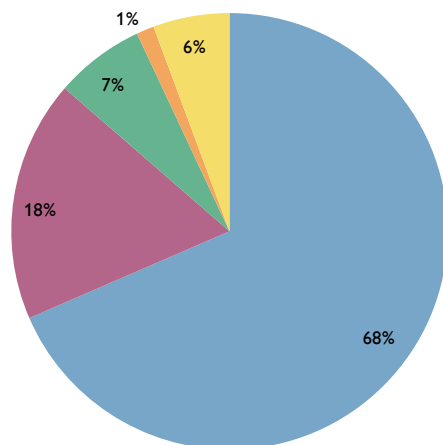


Quelle: OeNB, EZB.

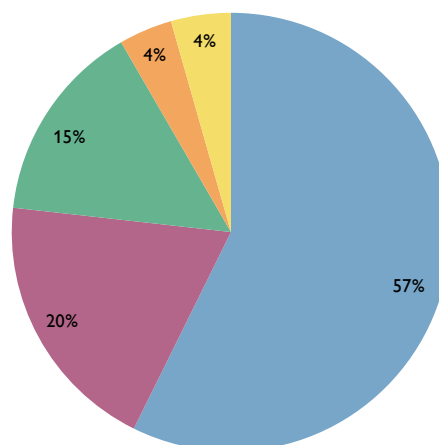
<sup>1</sup> Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken, martin.bartmann@oenb.at

### Einlagenstruktur bei Banken

#### Österreich



#### Euroraum



■ Private Haushalte     
 ■ Nichtfinanzielle Unternehmen     
 ■ Sonstige Finanzintermediäre  
■ Versicherungen und Pensionskassen     
 ■ Staat

Quelle: OeNB, EZB.

Finanzintermediäre<sup>2</sup> (7%), den Staatssektor (6%) und zu einem sehr geringen Teil auf Versicherungen und Pensionskassen (1%). Die Einlagenstruktur in Österreich unterscheidet sich damit geringfügig von jener im gesamten Euroraum, in dem private Haushalte mit 57% einen um 11 Prozentpunkte geringeren und sonstige Finanzintermediäre mit 15% einen um 8 Prozentpunkte höheren Anteil am gesamten Einlagenvolumen von Nichtbanken aufweisen.

Das im November 2018 verzeichnete Jahreswachstum der Einlagen von Nichtbanken in Höhe von 7% entsprach einer Ausweitung um 24,1 Mrd. EUR. Das Wachstum war - absolut betrachtet - bei privaten Haushalten mit einem Anstieg von 15,4 Mrd. EUR auf 254,4 Mrd. EUR am stärksten ausgeprägt, jedoch lag die entsprechende Jahreswachstumsrate mit 6,4% unter der gesamten Einlagenentwicklung von 7,0%. Dies war dadurch bedingt, dass sich insbesondere Einlagen von sonstigen Finanzintermediären, Versicherungen und Pensionskassen dynamischer entwickelten (Details siehe Kapitel „Rückläufige Dynamik bei Unternehmens-einlagen“). Im gesamten Euroraum entwickelten sich die Einlagen privater Haushalte mit 4,2% dynamischer als jene von Nichtbanken in Summe (3,2%). Insbesondere kleinere Euroraum-Länder verzeichneten mit 9,9% (Estland), 8,4% (Malta) oder 7,6% (Luxemburg) hohe Wachstumsraten bei Einlagen privater Haushalte. Auch in Griechenland – welches jahrelang mit Abflüssen in diesem Segment konfrontiert gewesen war – kam es mit 6% zu einem deutlich positiven Einlagenwachstum. In Deutschland (4,8%) und Frankreich (4,4%) – deren Anteil am gesamten Einlagenvolumen privater Haushalte im Euroraum rund 50% ausmacht – lag die Jahreswachstumsrate ebenfalls über dem Euroraum-Durchschnitt.

<sup>2</sup> Bei „sonstigen Finanzintermediären“ (außer Versicherungen und Pensionskassen) handelt es sich zum Beispiel um Investmentfonds, Mitarbeitervorsorgekassen, Finanzleasinggesellschaften, Privatstiftungen oder finanzielle Head-Offices.

Die Einlagenentwicklung privater Haushalte in Spanien oder Italien war etwas weniger dynamisch ausgeprägt als im Euroraum-Durchschnitt, mit Wachstumsraten von 3,2 % bzw. 2,7 %, jedoch auch deutlich im positiven Bereich.

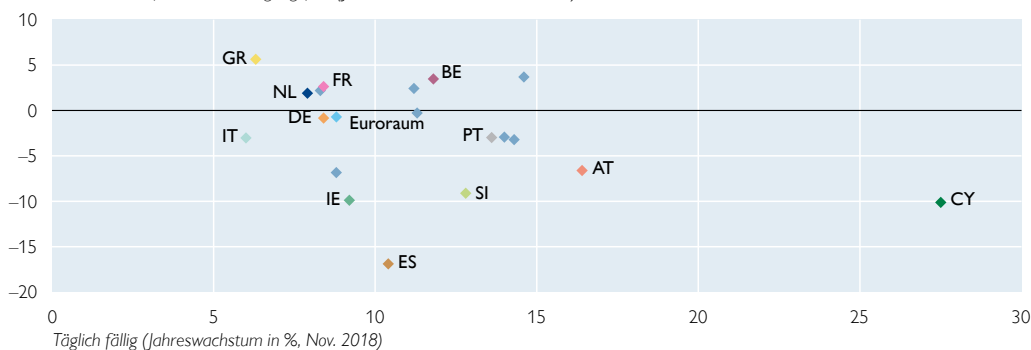
### Bei privaten Haushalten dominieren täglich fällige Einlagen

Grafik 3 zeigt die Verteilung der Jahreswachstumsraten bei Einlagen privater Haushalte in Euroraum-Ländern, wobei auf der X-Achse die Jahreswachstumsrate für täglich fällige Einlagen und auf der Y-Achse jene für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist<sup>3</sup> abgebildet ist. Das Einlagenwachstum privater Haushalte im Euroraum war im November 2018 weiterhin ausschließlich durch täglich fällige Einlagen getrieben. Anhand von Grafik 3 lässt sich erkennen, dass solche Einlagen privater Haushalte im Euroraum in jedem Mitgliedsland mit einer Jahreswachstumsrate von über 5 % gestiegen sind. Österreich wies in dieser Kategorie hinter Zypern (27,5 %) den zweithöchsten Wert aller Euroraum-Länder auf. Insgesamt war im Euroraum eine jährliche Ausweitung täglich fälliger Einlagen um 8,8 % zu beobachten. Bei Einlagen mit einer vereinbarten Laufzeit oder Kündigungsfrist kam es hingegen im Euroraum mit  $-0,7\%$  zu einer geringfügig rückläufigen Entwicklung. In Summe schichteten private Haushalte im Euroraum weiterhin von längerfristigen zu täglich fälligen Einlagen um. Der Rückgang bei Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bzw. Kündigungsfrist im Euroraum war aber der geringste seit 2013 und einige Länder – z. B. Griechenland (5,6 %) oder Frankreich (2,6 %) – wiesen im November 2018 wieder eine positive Jahreswachstumsrate in diesen Segmenten auf. Auch in Österreich schwächte sich der Rückgang bei Einlagen mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist im Verlauf des Jahres 2018 ab. Mit einer Jahreswachstumsrate von  $-6,6\%$  zeigte sich jedoch weiterhin ein deutlich rückläufiger Wert. Dieser rückläufige Trend führte dazu, dass bei

Grafik 3

### Verteilung der Jahreswachstumsraten bei Einlagen privater Haushalte

Mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (Jahreswachstum in %, Nov. 2018)



Quelle: OeNB, EZB.

Anmerkung: Ausgewählte Euroraum-Länder sind farblich hervorgehoben und mit einem Länderkürzel versehen.

<sup>3</sup> Die vereinbarte Laufzeit ist jene Zeitspanne einer Einlage, vor deren Ablauf sie nicht, oder nur unter Inkaufnahme einer Vertragsstrafe, z. B. eines geringeren Zinssatzes, getilgt werden kann. Die Kündigungsfrist entspricht dem Zeitraum zwischen dem Zeitpunkt, zu dem der Inhaber seine Absicht, das Instrument abzulösen, bekannt gibt, und dem Zeitpunkt, zu dem der Inhaber die Anlage in Bargeld umwandeln kann, ohne eine Vertragsstrafe zahlen zu müssen. Einlagen werden nur dann gemäß der Kündigungsfrist erfasst, wenn es keine vereinbarte Laufzeit gibt.

österreichischen privaten Haushalten der Anteil täglich fälliger Einlagen am gesamten Einlagenvolumen, der im November 2008 noch 25 % betragen hatte, 10 Jahre später bereits bei 62 % lag. In vielen kleineren Euroraum-Ländern, aber auch in Spanien (79 %), Italien (66 %) oder Deutschland (63 %) hatten täglich fällige Einlagen einen noch höheren Anteil am gesamten Einlagenvolumen privater Haushalte. Deutlich geringer fällt deren Bedeutung hingegen in den Niederlanden (16 %) oder Frankreich (31 %) aus. In diesen Ländern haben Einlagen mit einer Kündigungsfrist von bis zu drei Monaten, welche ebenfalls kurzfristig verfügbar sind, mit 70 % den höchsten Anteil. Die unterschiedliche Entwicklung in den einzelnen Euroraum-Ländern hat auch mit den unterschiedlichen Zinsstrukturen zu tun. So fällt auf, dass Länder, welche ein hohes Wachstum bei täglich fälligen Einlagen und einen hohen Rückgang bei vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist verzeichnen (Österreich, Spanien, Irland), die niedrigsten Differenzen zwischen Zinssätzen für lange Bindungsfristen (über 2 Jahre) und täglich fälligen Einlagen aufweisen – aktuell liegen die Zinsdifferenzen in den entsprechenden Ländern sogar unter 1 Prozentpunkt.

### **Rückläufige Dynamik bei Unternehmenseinlagen**

Im Jahr 2018 konnten sowohl in Österreich als auch im Euroraum Anstiege bei Einlagen von nichtfinanziellen Unternehmen beobachtet werden. Die entsprechenden Jahreswachstumsraten reduzierten sich aber im Vergleich zum Vorjahr und lagen im November 2018 in Österreich bei 5,2 % (November 2017: 8,5 %) bzw. im Euroraum bei 3,8 % (November 2017: 7,8 %). Ein Rückgang der Wachstumsraten bei Unternehmenseinlagen war ohne Ausnahme bei allen Mitgliedsländern im Euroraum zu beobachten. In Spanien und Italien war der Rückgang überdurchschnittlich stark ausgeprägt – das jeweilige Wachstum ging seit November 2017 binnen eines Jahres von 12,5 % auf 4,0 % (Spanien) bzw. von 11,9 % auf 4,1 % (Italien) zurück.

Die restlichen volkswirtschaftlichen Sektoren (Staat, sonstige Finanzintermediäre, Versicherungen und Pensionskassen) bauten in Österreich ihre Bankeinlagen durchwegs deutlich auf. Sonstige Finanzintermediäre erreichten mit einer Jahreswachstumsrate von 14,1 % und einem Volumen von 24,7 Mrd. EUR ihren absoluten Einlagenhöchststand bei Banken in Österreich. Der Staatssektor mit einem Jahreswachstum von 7,9 % sowie Versicherungen und Pensionskassen mit 16,5 % (die mit einem Volumen von 4,9 Mrd. EUR mit 1 % den geringsten Anteil am Einlagenvolumen von Nichtbanken haben) leisteten ebenfalls einen positiven Beitrag zum Einlagenwachstum von Nichtbanken in Österreich.

### **Einlagenzinssätze auf historisch niedrigem Niveau**

Der Zinssatz für Neueinlagen mit vereinbarter Laufzeit betrug im November 2018 für private Haushalte durchschnittlich 0,30 % und lag damit geringfügig unter dem Euroraum-Durchschnitt von 0,33 %. Für neue Einlagen mit einer Laufzeit von bis zu 1 Jahr wurden von österreichischen Banken im November 2018 durchschnittlich 0,21 % geboten, was nur 9 Basispunkte über dem Zinssatz täglich fälliger Spareinlagen (0,12 %) lag. Für längerfristig gebundene neue Einlagen konnten in Österreich von privaten Haushalten durchschnittlich 0,57 % lukriert werden, im Euroraum-Durchschnitt lag der entsprechende Vergleichswert bei 0,74 %. Beide Werte lagen somit deutlich unter den ausgewiesenen Inflationsraten (Harmonisierter Verbraucherpreisindex) von 2,3 % bzw. 1,9 %.

# Analysen

# Executive Summaries

## **New reporting requirements for payments statistics**

Work is ongoing at the ECB to amend the existing regulation governing the statistical reporting requirements for payment service providers. The revised regulation, currently in the pipeline for 2020, will provide an adequate statistical reporting framework for new and innovative payment methods, enhance the monitoring function of the European System of Central Banks (ESCB) and ensure faster data availability. The revised provisions will enhance the understanding of payment systems in the euro area.

## **Credit boom continues for the third year in a row**

Austrian banks participating in the euro area bank lending survey have been reporting sustained growth of demand for corporate loans for more than two years. Demand was particularly strong in the period from Q4 2017 to Q2 2018, above all in the segment of long-term borrowing. Continued strong investment activity was the main driver of the increased need for corporate financing.

In addition, borrowing was driven by increasingly favorable terms and conditions as banks have repeatedly narrowed the margins on average-risk corporate loans from Q3 2016 onward, mainly for competitive reasons.

With regard to lending to households, the survey results for Q4 2018 reflect hardly any changes compared with the results for Q3 2018. Demand for household loans had increased visibly from Q4 2016 to Q2 2017, before leveling off broadly at Q2 2017 levels.

The conditions for average-risk home loans have been eased somewhat repeatedly for competitive reasons since Q1 2017. Accordingly, creditworthy borrowers have been benefiting from increasingly favorable financing conditions.

For Q4 2018, Austrian banks reported a slight deterioration in the conditions for medium- to long-term bond financing. However, these developments were preceded by general improvements of banks' refinancing conditions during the period from Q4 2016 to Q1 2018.

The impact of regulatory activities on bank lending remained negligible in the second half of 2018. Over the previous years, regulatory action had prompted banks to reduce the volume of higher-risk loans and increase the amounts of capital they hold in their balance sheets.

The impact of nonperforming loans on bank lending in Austria has been limited according to the survey. The share of nonperforming loans is lower than in the euro area on average, which would imply that Austrian banks have been very prudent in their lending and that the creditworthiness of Austrian borrowers has generally been high.

## **Default contagion within groups in the nonfinancial sector**

Based on evidence from the Austrian Central Credit Register and group financial statements, this article analyzes the vulnerability of individual firms to default contagion within groups in the nonfinancial sector. We find individual default cases to have spread to other group companies within more than half of all groups analyzed. Moreover, the default status of the parent company appears to be a relevant indicator when assessing the degree of vulnerability to intra-group contagion.

# Übersicht

## Neue statistische Berichtspflichten im Bereich der Zahlungsverkehrsstatistik

Die für 2020 geplante Novelle der EZB-Verordnung über die statistischen Berichtspflichten von Zahlungsdienstleistern soll die Möglichkeit schaffen, neue und innovative Zahlungsmethoden statistisch zu erfassen, die Überwachungsfunktion des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) besser zu unterstützen und eine raschere Datenverfügbarkeit zu gewährleisten. Dadurch kann ein besserer Überblick über das Funktionieren von Zahlungsverkehrssystemen erlangt werden.

## Kreditboom geht bereits ins dritte Jahr

Bereits seit über zwei Jahren melden die an der Umfrage teilnehmenden Banken ein anhaltendes Wachstum der Nachfrage nach Unternehmenskrediten. Vom vierten Quartal 2017 bis Mitte 2018 zeigt sich diese Entwicklung besonders ausgeprägt – insbesondere bei den langfristigen Krediten. Der wesentliche Grund dafür ist ein gestiegener Finanzierungsbedarf für die anhaltend starke Investitionstätigkeit der österreichischen Unternehmen.

Die Aufnahme neuer Kredite war in den letzten Jahren für die Unternehmen zudem zu immer günstigeren Konditionen möglich, da die Banken seit Mitte 2016 – hauptsächlich aus Wettbewerbsgründen – die Margen für durchschnittlich risikoreiche Unternehmenskredite kontinuierlich gesenkt haben.

Im vierten Quartal 2018 gab es im Kreditgeschäft mit den privaten Haushalten kaum Änderungen im Vergleich zum Vorquartal. Vom vierten Quartal 2016 bis Mitte 2017 war die Kreditnachfrage der privaten Haushalte spürbar gestiegen. Seither verharrt sie weitgehend auf dem erreichten Niveau.

Seit 2017 kam es aufgrund der Wettbewerbssituation immer wieder zu leichten Lockerungen der Margen für durchschnittlich risikoreiche Wohnbaukredite. Für Kreditnehmerinnen und Kreditnehmer mit entsprechender Bonität ergaben sich hierdurch zunehmend günstigere Finanzierungsbedingungen für den Wohnbau.

Für das vierte Quartal 2018 meldeten die Banken leichte Verschlechterungen bei der Refinanzierung über mittel- bis langfristige Anleihen. Davor kam es jedoch von Ende 2016 bis Anfang 2018 zu generellen Verbesserungen der Refinanzierungsbedingungen.

Regulatorische Aktivitäten hatten im zweiten Halbjahr 2018 kaum Auswirkungen. Davor führten sie über mehrere Jahre zu einem Abbau risikoreicherer Kredite und zur Stärkung der Eigenkapitalpositionen in den Bilanzen der Banken.

Notleidende Kredite spielen gemäß den Umfrageergebnissen nur eine geringe Rolle beim Kreditvergabeverhalten der österreichischen Banken. Der Anteil notleidender Kredite ist in Österreich niedriger als im Euroraum sowie in der EU insgesamt, was für eine im Vergleich umsichtige Kreditvergabe bzw. eine gute Bonität der österreichischen Kreditnehmerinnen und Kreditnehmer spricht.

## Ausfallsansteckung innerhalb von nichtfinanziellen Konzernen

Im Rahmen dieser Analyse wird - anhand der Daten aus dem Zentralen Kreditregister (ZKR) und der erfassten Konzernabschlüsse - die Ausfallsansteckung einzelner Unternehmen innerhalb von nichtfinanziellen Konzernen untersucht. Dabei ist festzustellen, dass es bei etwas mehr als der Hälfte aller Konzerne zu weiteren Ausfällen kommt. Betrachtet man dabei den Ausfallsstatus der Konzernmutter, so zeigt sich, dass dieser für die Abschätzung der Ansteckung innerhalb eines Konzerns von zentraler Bedeutung ist.

# Neue statistische Berichtspflichten im Bereich der Zahlungsverkehrsstatistik

Patrick Thienel<sup>1</sup>

*Die für 2020 geplante Novelle der EZB-Verordnung über die statistischen Berichtspflichten von Zahlungsdienstleistern soll die Möglichkeit schaffen, neue und innovative Zahlungsmethoden statistisch zu erfassen, die Überwachungsfunktion des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) besser zu unterstützen und eine raschere Datenverfügbarkeit zu gewährleisten. Dadurch kann ein besserer Überblick über das Funktionieren von Zahlungsverkehrssystemen erlangt werden.*

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigt die Europäische Zentralbank (EZB) euro-raumweit harmonisierte Zahlungsverkehrsstatistiken zu unbaren Zahlungen (Überweisungen, Lastschriften, Kartenzahlungen etc.). Die aus diesem Grund erlassene Verordnung des Rates zur Erfassung statistischer Daten durch die EZB (EG Nr. 2533/98) sieht vor, dass Daten im Bereich der Zahlungsverkehrsstatistik erhoben werden können. Diese Daten sind für eine Bestandsaufnahme und die Beobachtung der Entwicklungen auf den Zahlungsmärkten in den Mitgliedstaaten sowie für die Förderung reibungslos funktionierender Zahlungsverkehrssysteme von wesentlicher Bedeutung. Geregelt ist die Erhebung in der EZB-Verordnung über die Zahlungsverkehrsstatistik (EZB/2013/43) sowie der EZB-Leitlinie über die monetären und die Finanzstatistiken (EZB/2014/15), die auf nationaler Ebene von jeder nationalen Zentralbank (NZB) umgesetzt werden. Die Verordnung ist für Zahlungsdienstleister und/oder Zahlungssystembetreiber mit Sitz im Euro-raum verbindlich, während die Leitlinie an die NZBen des Euroraums gerichtet ist. In einer Empfehlung werden die NZBen der Mitgliedstaaten, die nicht dem Euro-Währungsgebiet angehören, aufgefordert, den in der Verordnung festgelegten Berichtspflichten zu folgen.

## Erweiterungsbedarf

Grundsätzlich ist es üblich, die in den EZB-Verordnungen festgelegten statistischen Berichtspflichten alle fünf Jahre zu überprüfen. Aufgrund neuer und innovativer Zahlungsmethoden und der raschen Entwicklung des Zahlungsverkehrsmarktes in Europa sowie der Entwicklungen in der EU-Regulierungslandschaft ist es nun notwendig geworden, die erwähnte EZB-Verordnung zur Zahlungsverkehrsstatistik zu aktualisieren, damit die Statistiken die Entwicklungen bei den derzeit für Verbraucher und Unternehmen verfügbaren Zahlungsdiensten und -lösungen besser erfassen und die Überwachungsfunktion des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) effizienter unterstützen können.

Weitere Gründe für die Änderung der Verordnung sind die aktualisierte Zahlungsdiensterichtlinie (PSD2<sup>2</sup>; EU 2015/2366) und die Interchange Fee Regulation (IFR<sup>3</sup>; EU 2015/751), die sowohl zu Veränderungen auf dem Markt für Massenzahlungsverkehr als auch hinsichtlich Ablauf und Umfang der Berichterstattung

<sup>1</sup> Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Außenwirtschaft, Finanzierungsrechnung und Monetärstatistiken, patrick.thienel@oenb.at.

<sup>2</sup> PSD: Payment Services Directive.

<sup>3</sup> Regelt u.a. die Gebühren im Kartenzahlungsverkehr.



über diesbezügliche aufsichtliche statistische Daten beigetragen haben. Darüber hinaus sind die Forderungen nach monatlichen Kartenzahlungsdaten für Zahlungsbilanzzwecke, nach monatlichen Daten zu allen Zahlungsinstrumenten für eine bessere Wirtschaftsprognose und nach vierteljährlichen Daten zu Zahlungsinstrumenten für Aufsichtszwecke (insbesondere Betrugsdaten) weitere Treiber für Veränderungen in Art, Umfang und Häufigkeit der Meldung von Zahlungsstatistiken. Innovative Zahlungsmethoden, die beobachtet werden sollten, sind z. B. digitale Wallets/Geldbörsen (z. B. auf Smartphones), Proximity-Zahlungen wie z. B. Near Field Communication (NFC), Quick Response (QR) Codes und Bluetooth Low Energy (BLE) sowie P2P<sup>4</sup>- bzw. C2B<sup>5</sup>-Zahlungen.

Weiters sollte auch die derzeitige Trennung der Anforderungen in jene, die aus der Verordnung bzw. jene, die aus der Leitlinie stammen, aufgehoben werden. Zukünftig sollen alle Anforderungen in der Verordnung angeführt werden. Durch diese Änderung werden nun auch sogenannte nachrichtliche Positionen („Memo items“) der Leitlinie verpflichtend zu melden sein, die bisher nicht oder nur teilweise erhoben wurden. Dies betrifft vor allem Kontogutschriften bzw. -belastungen durch bloße Verbuchung<sup>6</sup> sowie Bargeldtransaktionen am Schalter.

### Der Weg zur neuen Verordnung

Die EZB verfügt über einen standardisierten Prozess, der die Entstehung einer Verordnung in verschiedene Prozessschritte untergliedert. Als Erstes wurden von der zuständigen EZB-Arbeitsgruppe Ende 2017 alle potenziellen Anforderungen der EZB-Nutzer zusammengetragen.

So gab es – quasi als Initialzündung – vom Market Infrastructure and Payments Committee (MIPC) der EZB das Ersuchen an die EZB-Statistik, die neuesten Entwicklungen auf dem Markt für Massenzahlungsverkehr und den Bedarf aufgrund der Aufsichtsfunktion der EZB zu erfassen. Auch das Financial Stability Committee (FSB), das Market Operations Committee (MOC), das Monetary Policy Committee (MPC), das Banknote Committee (BANCO), das European Systemic Risk Board (ESRB) und die Working Group External Statistics (WGES) des Statistics Committee (STC) sowie die Europäische Kommission (Eurostat), die Europäische Bankenaufsicht (EBA) und die Europäische Wertpapieraufsichtsbehörde (ESMA<sup>7</sup>) wurden zu den Beratungen hinzugezogen.

### Fact-Finding

Nach der Sammlung der Aktualisierungswünsche wurden diese im Rahmen eines im Jänner bzw. Februar 2018 durchgeführten Fact-Findings auf Durchführbarkeit und Relevanz geprüft. Dieses Fact-Finding wurde von der EZB zentral gesteuert und von den NZBen national durchgeführt. In Österreich wurden die wichtigsten Ausgeber von Zahlungskarten (Issuer) bzw. Betreiber von Zahlungs- bzw. Bankomat-

<sup>4</sup> P2P steht für Peer-to-Peer bzw. Person-to-Person und wird als Synonym für Geschäftsbeziehungen zwischen „gleichgestellten“ Privatpersonen (Konsumenten) verwendet.

<sup>5</sup> C2B steht für Consumer-to-Business und wird als Synonym für Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen und Privatpersonen (Konsumenten) verwendet.

<sup>6</sup> Transaktion, die von einem Zahlungsdienstleister ohne besondere Transaktionsanweisung eingeleitet wird. Z. B. Zinszahlungen der Bank, Dividendenzahlungen der Bank, Auszahlung eines Kreditbetrags, von der Bank in Rechnung gestellte Zinsen, Abzug von Bankentgelten etc.

<sup>7</sup> European Securities and Markets Authority.

Terminals (Acquirer) sowie Banken und Bankensektoren durch die OeNB (vor allem zum Thema Überweisungen/Lastschriften) angeschrieben.

Grundsätzlich standen die österreichischen Melder den Anforderungen offen gegenüber und hielten die meisten auch für umsetzbar, wengleich bereits in dieser Phase auf die potenziellen Kosten aufmerksam gemacht wurde. Manche Anforderungen schienen allerdings nur schwer bzw. aufgrund nicht vorhandener Informationen gar nicht realisierbar. So wären Zahlungen via digitale Wallets/Geldbörsen oder P2P- bzw. C2B-Anwendungen besonders schwierig herauszufiltern.

Sehr wenige Informationen liegen auch dann vor, wenn z. B. beim kartenausgebenden Institut das Land des Terminalbetreibers bei Transaktionen gefragt ist. Das Land des Terminalstandortes ist in der Regel einfach festzustellen, der Betreiber kann aber z. B. in Europa auf Basis der Dienstleistungsfreiheit aus jedem anderen Land der EU kommen. Ähnlich sieht es auch bei vielen Details zu betrügerischen Transaktionen bzw. zu Detailinformationen betreffend den Wirtschaftszweig bei Kartenzahlungen aus. Weiters fanden die österreichischen Melder sämtliche monatlichen Meldungen mit einer Zeitverzögerung von sieben Tagen (das heißt die Daten sollten spätestens sieben Werktage nach dem Monatsultimo bei der EZB einlangen) unrealistisch.

Die EZB schloss aus den verschiedenen nationalen Antworten, dass die Mehrzahl der Anforderungen für die Melder umsetzbar wären. Bei jenen Punkten, bei denen eine signifikante Anzahl an Notenbanken der EZB signalisiert hatte, dass sie „nicht in allen Fällen“ umsetzbar wären, beschloss die EZB, diese dennoch in die dem Fact-Finding folgende Kostenbewertung aufzunehmen, um den Fällen, die durchführbar wären, die Möglichkeit zu geben, noch Teil des endgültigen Meldesystems zu werden. Es gab auch einige Punkte, die nur wenige NZBen für machbar hielten, und sogar einige, bei denen einige NZBen Zweifel daran aufkommen ließen, ob es überhaupt eine rechtliche Möglichkeit gäbe, die Zahlungsdienstleistung zu erbringen.<sup>8</sup> Die Fälle, für die eine klare Mehrheit der NZBen die Berichterstattung für nicht durchführbar hielt, wurden nicht in die Kostenbewertung einbezogen.

So sollen z. B. von Zahlungsinitiierungsdiensten nur mehr Überweisungen abgefragt werden und nicht mehr alle Transaktionen. Gestrichen wurde auch die Anforderung, Kartenzahlungen per NACE<sup>9</sup>-Aufschlüsselung zu melden. Stattdessen wurde der in der Industrie verbreitete Merchant Category Code (MCC) in die Kostenbewertung aufgenommen. Die Probleme hinsichtlich der Meldung betrügerischer Transaktionen wären laut Einschätzung der EZB vermutlich durch potenziell kostenintensive Datenbanken lösbar. Dabei geht es vor allem um die Definition bzw. die Erfassung des Zeitpunkts eines Betrugsfalles sowie um die Möglichkeit der Berichtspflichtigen, von solchen Fällen überhaupt Kenntnis zu erlangen. Dies sollte im Rahmen der Kostenbewertung genauer analysiert werden. Die monatliche Meldefrist von sieben Tagen wurden gestrichen und stattdessen die Option einer Meldefrist von 15 bzw. 20 Tagen in die Kostenbewertung übernommen.

<sup>8</sup> Z. B. „instant“ Lastschriften.

<sup>9</sup> Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft. Das Akronym NACE geht auf die französische Bezeichnung „Nomenclature statistique des activités économiques dans la Communauté européenne“ zurück.

Angesichts des großen Umfangs der im Fact-Finding berücksichtigten Nutzeranforderungen ersuchte das Direktorium der EZB im Mai 2018 die Nutzer von Zahlungsstatistiken, Optionen zur Reduktion ihrer Anforderungen vorzulegen, um den Meldeaufwand so gering wie möglich zu halten. Daher konsultierten die EZB-Nutzer ihre jeweiligen ESZB-Pendants und stellten Optionen vor, um den Umfang ihrer Anforderungen so weit wie möglich zu reduzieren und gleichzeitig ihre strategischen Ziele zu erreichen. Im Juli 2018 genehmigte das Direktorium der EZB die Einleitung des Verfahrens zur Aktualisierung der Verordnung auf der Grundlage der überarbeiteten Benutzervorschläge.

### **Kostenbewertung**

Basierend auf den Ergebnissen des Fact-Findings bzw. den überarbeiteten Benutzervorschlägen erfolgte die Ausarbeitung einer Kostenbewertung („Cost Assessment“). Ziel der ab September 2018 durchgeführten Befragung war es, jene Kosten auf einer Skala von 1 bis 5 zu bewerten, die den NZBen und den Berichtspflichtigen entstehen würden, wenn die neuen statistischen Anforderungen eingeführt würden. Diese Bewertung umfasste sowohl die Kosten, die sich aus der Umsetzung der neuen Anforderungen ergeben, als auch die zusätzlichen laufenden Kosten. Dabei konnten die NZBen entscheiden, ob jede Frage unter aktiver Beteiligung aller Berichtspflichtigen oder einer Stichprobe von Berichtspflichtigen beantwortet werden sollte. Der Fragebogen musste von allen Ländern des Euro-raums ausgefüllt werden. Das Ausfüllen des Fragebogens durch die nicht dem Euro-Währungsgebiet angehörenden EU-Mitgliedstaaten war freiwillig, wurde jedoch gefördert. Ihre Ergebnisse wurden in der Ergebnisnotiz wiedergegeben. Ein Glossar mit Begriffen, die in der Kostenbewertung verwendet wurden, ergänzte die Fragebögen, um ein gemeinsames Verständnis der zu berichtenden Posten zu gewährleisten.

Angeschrieben wurden durch die OeNB dieselben Melder wie im Fact-Finding. Nicht nur in Österreich, sondern auch im Euroraum waren die Bewertungen divergierend. Bei den österreichischen Meldern stellten sich vor allem alle monatlichen Anforderungen im Bereich der digitalen Wallets/Geldbörsen und mobile P2P- bzw. C2B-Transaktionen, die mit einer Zeitverzögerung von 15 Tagen via OeNB an die EZB zu übermitteln wären, als besonders kostenintensiv dar. Ebenfalls als sehr kostenintensiv bewerten die österreichischen Melder folgende EZB-Anforderungen:

- eben genannte monatliche Anforderungen mit einer Zeitverzögerung von 20 Tagen
- alle anderen monatlichen Anforderungen mit einer Zeitverzögerung von 15 bzw. 20 Tagen (sämtliche Kartenzahlungen, Überweisungen, Lastschriften und Scheckzahlungen)
- sämtliche Anforderungen zum Thema betrügerische Transaktionen, aber insbesondere:
  - jene auf Quartalsbasis<sup>10</sup>
  - zur Frage, wer die Kosten des Betrugs trägt
  - zu Fragen betreffend „Starke Kundenauthentifizierung“
  - zu Fragen der grenzüberschreitenden betrügerischen Transaktionen
  - zur Frage, wie der Betrug passiert ist

<sup>10</sup> Die überschneidenden EBA-Anforderungen, die in die EZB-VO eingebaut werden sollen, sind auf Halbjahresbasis zu übermitteln.

- bisherige „freiwillige“ Anforderungen aus der EZB-Leitlinie, die nun verpflichtend werden
- monatliche Anforderungen zu Kartenzahlungen mit einer Zeitverzögerung von einem Monat

Vonseiten der OeNB stellen sich aufgrund des Prüfungs- und Kompilierungs-aufwandes vor allem große Datenübermittlungen mit hoher Frequenz als kostenintensiv dar.

### **Weitere Schritte**

Aufbauend auf die Kostenbewertung folgt im Februar 2019 die Nutzenbeurteilung („Merits Assessment“), welche sich direkt an die Datennutzer (z. B. oben angeführte EZB-Nutzer und internationale Organisationen) richtet. Beim quantitativen Teil wird die Schätzung des Zusatznutzens mittels eines Scoring-Systems bewertet. Beim qualitativen Teil werden die einzeln zugewiesenen Punkte begründet. Nach Vorlage der Ergebnisse müssen Kosten und Nutzen gegenübergestellt werden, um eine solide Grundlage für die Ausarbeitung des Verordnungsentwurfes zu erhalten. Die Verordnung soll voraussichtlich mit März 2020, nach Durchlaufen aller notwendigen Instanzen, vom Governing Council der EZB beschlossen werden.

Laut EZB-Planung soll für jährliche Daten das Jahr 2021 die erste Referenzperiode für die Neuanforderungen sein. Für quartalsweise Daten ist das zweite Quartal 2021 und für monatliche Daten der April 2021 als erste Referenzperiode vorgesehen.

### **Umsetzung der Meldepflichten in den jeweiligen Erhebungen**

Derzeit werden die Anforderungen im Rahmen von drei getrennten Meldungen erhoben. Die Meldung B1 wendet sich vor allem an solche Zahlungsdienstleister, die im Acquiring- bzw. Issuing-Geschäft tätig sind und fragt vor allem Daten zu diesem Geschäft ab. Die Meldung erfolgt aufgrund der Anforderungen der Zahlungssystemaufsicht bzw. der Außenwirtschaftsstatistik auf quartalsweiser Basis und wird der EZB einmal im Jahr aggregiert zur Verfügung gestellt.

Die Meldung B2 wendet sich derzeit an alle Zahlungsdienstleister, die das Überweisungs-, Lastschrift-, bzw. Scheckgeschäft betreiben bzw. Konten für Kunden führen. Hier sind auch alle Kreditinstitute nach Gemeinschaftsrecht meldepflichtig. Die Meldung ist einmal jährlich abzugeben.

Die Meldung B3 war ursprünglich als Erhebung für Daten im OeNB-Umfeld vorgesehen. Daher meldet hier die OeNB (TARGET-Zahlungen und Stammdaten zu Instituten) selbst bzw. die Geldservice Austria (Retail System-Zahlungen). Zusätzlich melden hier quartalsweise Betreiber von Bargeldüberweisungsservices.

Nachdem die EZB plant, sich Daten in höherer Frequenz melden zu lassen, wird das entscheidende Auswirkungen auf das zukünftige Meldewesen haben. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Anforderungen zum Zweck der EZB-Wirtschaftsprognose als monatliche Erhebung implementiert werden müssen. Dies wird alle Zahlungsdienstleister (inkl. Banken) betreffen. Weiters geht die OeNB davon aus, dass nur mehr ein Bruchteil der Anforderungen auf jährlicher Basis zu melden sein wird (vor allem Stammdaten, TARGET-Zahlungen, Retail System-Zahlungen, Over-the-counter-Transaktionen). Daneben sind weitere

quartalsweise bzw. halbjährliche Anforderungen (z. B. solche zu betrügerischen Transaktionen) ebenfalls für alle Zahlungsdienstleister (inkl. Banken) geplant.

Die konkrete Ausgestaltung der zukünftigen Meldelandschaft im Bereich der Zahlungsverkehrsstatistik wird in der Folge von der OeNB in Kooperation mit den Meldern nach Vorliegen eines konkreten Verordnungsentwurfs erarbeitet.

### Synergien mit anderen Meldeverpflichtungen

Grundsätzlich sieht schon die bestehende EZB-Verordnung vor, dass – um Synergien zu heben – EZB-Anforderungen gemeinsam mit anderen Meldepflichten, die sich an den Melderkreis der Zahlungsdienstleister richten, erhoben werden können. „Es kann angemessen sein, dass die NZBen die zur Erfüllung der statistischen Berichtspflichten der EZB erforderlichen statistischen Daten als Teil eines weiter gefassten statistischen Berichtsrahmens beim tatsächlichen Kreis der Berichtspflichtigen erheben. Dieser Berichtsrahmen wird von den NZBen in eigener Verantwortung im Einklang mit Unionsrecht oder nationalem Recht oder gemäß bewährter Berichtspraxis festgelegt und dient auch anderen statistischen Zwecken, sofern die Erfüllung der statistischen Berichtspflichten der EZB nicht gefährdet wird. Dies kann auch zu einer Verringerung des Meldeaufwands führen.“, so der EZB-Verordnungstext.<sup>11</sup>

Die OeNB hat sich dazu entschlossen, gemeinsam mit den EZB-Anforderungen auch die Anforderungen der Zahlungssystemaufsicht sowie jene der Außenwirtschaftsstatistik zu erheben. So gilt schon derzeit für die Meldungen B1 bis B3 die EZB-Leitlinie über die monetären und die Finanzstatistiken (EZB/2014/15) sowie die Verordnung der Europäischen Zentralbank zur Zahlungsverkehrsstatistik (EZB/2013/43) iVm § 44 Nationalbankgesetz als Basis. Daher werden hier Anforderungen der EZB mit jenen der Zahlungssystemaufsicht kombiniert.

Für die Meldung B1 gilt darüber hinaus § 44a Nationalbankgesetz sowie das Devisengesetz 2004. Somit werden Anforderungen der EZB mit jenen der Zahlungssystemaufsicht sowie der Außenwirtschaftsstatistik kombiniert.

Eine weitere Meldeverpflichtung soll im Rahmen der Novelle der Zahlungssystemmeldeverordnung nun von EZB-Seite dazukommen, nämlich jene der Meldung von Betrugsfällen auf Basis einer EBA-Verordnung.

### Zusammenlegung mit Anforderungen der EBA

Am 18. Juli 2018 trat die Leitlinie der EBA über die Anforderungen an die Meldung von Betrugsfällen (EBA/GL/2018/05), welche die harmonisierte Meldung von Zahlungsbetrugsstatistiken gemäß Artikel 96 Absatz 6 der zweiten Zahlungsdiensterichtlinie (PSD2) regelt, in Kraft. Die Umsetzung der PSD2 ins österreichische Recht erfolgte bereits im April 2018 mit dem Zahlungsdienstegesetz 2018.

Diese Leitlinie enthält detaillierte Angaben hinsichtlich statistischer Daten zu Betrug in Verbindung mit unterschiedlichen Zahlungsmitteln, die Zahlungsdienstleister ihren zuständigen Behörden melden müssen. Darin wird auch dargelegt, wie die zuständigen Behörden die in Absatz 6 genannten Daten aggregieren sollten, die der EZB und der EBA gemäß Artikel 96 Absatz 6 PSD2 zur Verfügung zu stellen sind.

<sup>11</sup> EZB-Verordnung über die Zahlungsverkehrsstatistik (EZB/2013/43).

Da vonseiten der EZB ebenfalls Daten zum Zahlungsbetrag benötigt werden, welche die Anforderungen der EBA beinhalten bzw. aufgrund der Aufsicht über die Zahlungsinstrumente darüber hinausgehen, plant die EZB, die Meldung von Betrugsstatistiken anzugleichen. Die EZB arbeitete daher eng mit der EBA zusammen, um diese Angleichung zu erreichen. Übergeordnetes Ziel ist es, einen einzigen Datenfluss vonseiten der Melder zu erreichen, der sowohl den Berichtsanforderungen genügt als auch zu keiner Doppelmeldung führt. Es soll vermieden werden, dass betroffene Zahlungsdienstleister unterschiedliche und vor allem parallel zueinander vorliegende Meldeverpflichtungen erfüllen müssen.

Um dies zu vermeiden, hat die FMA beschlossen, die Meldepflicht für die Melder während einer Übergangsperiode auszusetzen. Diesen Zeitraum werden somit nicht nur die Melder, sondern auch die FMA und die OeNB für eine einheitliche und effiziente Umsetzung aller Anforderungen aus der EBA-Leitlinie und der EZB-Zahlungsverkehrsstatistik-Verordnung in die nationalen Meldesysteme nutzen können. Mit der Entscheidung, die EZB-Verordnung abzuwarten, soll ein Höchstmaß an Rechtssicherheit für die Zahlungsdienstleister garantiert werden.

Zusätzlich ist beabsichtigt, Definitionen, welche bereits in den EBA-Leitlinien zur Betrugsmeldung nach PSD2 verwendet wurden, ebenso für die zukünftige Zahlungssystemmeldeverordnung aufzunehmen.

### Kreis der Berichtspflichtigen

Der Kreis der Berichtspflichtigen besteht aus Zahlungsdienstleistern (einschließlich E-Geld-Emittenten) und/oder Betreibern von Zahlungsverkehrssystemen.<sup>12</sup> Der Berichtspflichtige meldet die statistischen Informationen an die NZB jenes Mitgliedstaats, in dem er seinen Sitz hat (somit Hauptanstalten sowie Zweigniederlassungen aus dem EU-Ausland).

Gemäß der PSD2 sind folgende Institute Zahlungsdienstleister:

- Kreditinstitute im Sinne des Artikels 4, Absatz 1, Nummer 1 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates, einschließlich deren Zweigstellen im Sinne des Artikels 4, Absatz 1, Nummer 17 der genannten Verordnung, sofern sich diese Zweigstellen innerhalb der Union befinden, unabhängig davon, ob sich die Hauptverwaltungen dieser Zweigstellen innerhalb der Union befinden oder gemäß Artikel 47 der Richtlinie 2013/36/EU und nationalem Recht außerhalb der Union
- E-Geld-Institute im Sinne des Artikels 2, Nummer 1 der Richtlinie 2009/110/EG, einschließlich deren Zweigniederlassungen gemäß Artikel 8 der genannten Richtlinie und dem nationalen Recht, sofern sich die Zweigniederlassungen innerhalb der Union befinden und die Hauptverwaltung des E-Geld-Instituts, dem sie angehören, sich außerhalb der Union befindet und nur insofern, als die von diesen Zweigniederlassungen erbrachten Zahlungsdienste mit der Ausgabe von E-Geld in Zusammenhang stehen
- Postscheckämter, die nach nationalem Recht zur Erbringung von Zahlungsdiensten berechtigt sind
- Zahlungsinstitute

<sup>12</sup> Aufgrund der Beschaffenheit des Marktes hat die OeNB entschieden, Betreiber von Zahlungsverkehrssystemen nicht meldepflichtig zu machen. Die Vollständigkeit der Meldung ist durch die Meldung der Zahlungsdienstleister gewährleistet.

- die Europäische Zentralbank (EZB) und die nationalen Zentralbanken, wenn sie nicht in ihrer Eigenschaft als Währungsbehörde oder andere Behörde handeln
- die Mitgliedstaaten oder ihre regionalen oder lokalen Gebietskörperschaften, wenn sie nicht in ihrer Eigenschaft als Behörde handeln

### **Der Meldeweg**

Die Übermittlung der neuen Meldungen an die OeNB wird wie bisher mittels gesicherter Kommunikationsmedien über SRM (Secure Reporting Mailing) bzw. Connect Direct erfolgen. Das dahinterliegende Meldeschema basiert auf dem XML-Standard. Unter <https://www.oenb.at/Statistik/Meldewesen/Datentransferinfos/DV-Schnittstellen.html> wird eine detaillierte Beschreibung mit Versionsinfos der technischen Schnittstellen und Meldeformate für die jeweiligen Meldungen bereitgestellt.





# Kreditboom geht bereits ins dritte Jahr

## Österreich-Ergebnisse der euroraumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft vom Jänner 2019<sup>1</sup>

Gerald Hubmann<sup>2</sup>

Bereits seit über zwei Jahren melden die an der Umfrage teilnehmenden Banken ein anhaltendes Wachstum der Nachfrage nach Unternehmenskrediten. Vom vierten Quartal 2017 bis Mitte 2018 zeigt sich diese Entwicklung besonders ausgeprägt – insbesondere bei den langfristigen Krediten. Der wesentliche Grund dafür ist ein gestiegener Finanzierungsbedarf für die anhaltend starke Investitionstätigkeit der österreichischen Unternehmen.

Die Aufnahme neuer Kredite war in den letzten Jahren für die Unternehmen zudem zu immer günstigeren Konditionen möglich, da die Banken seit Mitte 2016 – hauptsächlich aus Wettbewerbsgründen – die Margen für durchschnittlich risikoreiche Unternehmenskredite kontinuierlich gesenkt haben.

Im vierten Quartal 2018 gab es im Kreditgeschäft mit den privaten Haushalten kaum Änderungen im Vergleich zum Vorquartal. Vom vierten Quartal 2016 bis Mitte 2017 war die Kreditnachfrage der privaten Haushalte spürbar gestiegen. Seither verharrt sie weitgehend auf dem erreichten Niveau.

Seit 2017 kam es aufgrund der Wettbewerbssituation immer wieder zu leichten Lockerungen der Margen für durchschnittlich risikoreiche Wohnbaukredite. Für Kreditnehmerinnen und Kreditnehmer mit entsprechender Bonität ergaben sich hierdurch zunehmend günstigere Finanzierungsbedingungen für den Wohnbau.

Für das vierte Quartal 2018 meldeten die Banken leichte Verschlechterungen bei der Refinanzierung über mittel- bis langfristige Anleihen. Davor kam es jedoch von Ende 2016 bis Anfang 2018 zu generellen Verbesserungen der Refinanzierungsbedingungen. Regulatorische Aktivitäten hatten im zweiten Halbjahr 2018 kaum Auswirkungen. Davor führten sie über mehrere Jahre zu einem Abbau risikoreicherer Kredite und zur Stärkung der Eigenkapitalpositionen in den Bilanzen der Banken.

Notleidende Kredite spielen gemäß den Umfrageergebnissen nur eine geringe Rolle beim Kreditvergabeverhalten der österreichischen Banken. Der Anteil notleidender Kredite ist in Österreich niedriger als im Euroraum sowie in der EU insgesamt, was für eine im Vergleich umsichtige Kreditvergabe bzw. eine gute Bonität der österreichischen Kreditnehmerinnen und Kreditnehmer spricht.

Die expansive Kreditentwicklung in Österreich, die sich bereits seit Ende 2016 in den Umfrageergebnissen zeigt, vollzieht sich vor dem Hintergrund eines kräftigen Konjunkturaufschwungs. Dessen Höhepunkt ist zwar bereits überschritten, aktuelle Prognosen erwarten jedoch trotz steigender Risiken für die Weltwirtschaft noch bis mindestens 2020 ein vergleichsweise gutes Wachstum der österreichischen Wirtschaft. Laut OeNB-Prognose vom Dezember 2018 wird für die Jahre 2018 bis 2020 ein Wachstum des realen BIP von 2,7 %, 2,0 % und 1,9 % erwartet. Die Bruttoanlageinvestitionen und der private Konsum sind die beiden wesentlichen Konjunkturstützen (Wachstumsbeiträge zum realen BIP 2018 von 0,8 bzw. 0,9 Prozentpunkten gemäß OeNB-Prognose), wobei der Beitrag der Bruttoanlage-

<sup>1</sup> Die Umfrage wurde im Dezember 2018 durchgeführt und bezieht sich auf das vierte Quartal 2018 sowie auf Erwartungen für das erste Quartal 2019. Redaktionsschluss für sonstige Daten: 16. Jänner 2019.

<sup>2</sup> Oesterreichische Nationalbank, Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen, gerald.hubmann@oenb.at.

investitionen in den kommenden Jahren etwas zurückgehen und jener des privaten Konsums stabil bleiben wird.<sup>3</sup>

Abschnitt 1 behandelt das Kreditgeschäft der Banken mit Unternehmen, Abschnitt 2 jenes mit privaten Haushalten. Abschnitt 3 hat die Refinanzierungssituation der Banken zum Thema. In Abschnitt 4 geht es um die Auswirkungen regulatorischer Aktivitäten auf die Banken. Abschnitt 5 widmet sich der Frage, ob notleidende Kredite die Kreditvergabepolitik der österreichischen Banken beeinflussen.

Punktuelle Ergebnisse für die einzelnen Quartale sind den Tabellen 1 bis 3 zu entnehmen, Grafik 1 stellt längerfristige Trends dar, Grafiken 2 und 3 verdeutlichen den Kreditbestand österreichischer Banken gemäß EZB-Monetärstatistik. Die Kästen 1 und 2 am Ende des Artikels enthalten Erläuterungen und eine kurze Übersicht über die aggregierten Euroraum-Ergebnisse der Umfrage.

## 1 Unternehmenskredite: Nachfragewachstum setzt sich fort

Bereits seit über zwei Jahren melden die an der Umfrage teilnehmenden Banken ein anhaltendes Wachstum der Nachfrage nach Unternehmenskrediten (siehe Tabelle 1 und Grafik 1<sup>4</sup>). Vom vierten Quartal 2017 bis Mitte 2018 zeigt sich diese Entwicklung besonders ausgeprägt – insbesondere bei den langfristigen Krediten. Für das erste Quartal 2019 wird kein weiterer Anstieg der Kreditnachfrage erwartet. Die außergewöhnliche Dynamik der letzten Jahre folgte auf eine lange Phase von krisenbedingt rückläufiger Nachfrage zwischen 2008 und 2015.

Ein Vergleich mit der Monetärstatistik unterstreicht die Umfrageergebnisse. Seit Anfang 2017 steigen die Bestände an Unternehmenskrediten bei österreichischen Banken kontinuierlich an. Für November 2018 wird ein historischer Höchststand von 178 Mrd EUR ausgewiesen (Grafik 2<sup>5</sup>). Die Ergebnisse der Umfrage über das Kreditgeschäft dienen auch als Vorlaufindikator und signalisieren eine Fortsetzung des Anstiegs der Kreditbestände. Sogar in Relation zur Wirtschaftsentwicklung ist der mittlerweile bereits ins dritte Jahr gehende Kreditboom erkennbar. Die Bestände an Unternehmenskrediten nehmen auch in Prozent des BIP seit 2017 leicht zu. Nach der Finanzkrise lag dieser Wert Mitte 2009 bei ca. 54% (nach einem vorherigen deutlichen Anstieg), fiel dann kontinuierlich bis Anfang 2017 auf etwa 44% und steigt seither wieder moderat an – auf ca. 46% Ende 2018.

Als wesentlicher Grund für die dynamische Kreditnachfrage der letzten Jahre geht aus den Umfrageergebnissen ein stark steigender Finanzierungsbedarf für Anlageinvestitionen hervor. Darüber hinaus nennen die befragten Banken Ausgaben

<sup>3</sup> Die Bruttoanlageinvestitionen weisen zwar höhere aktuelle und prognostizierte Wachstumsraten auf als der private Konsum, haben jedoch nur einen Anteil am nominellen BIP von knapp einem Viertel, während der private Konsum etwas mehr als die Hälfte des nominellen BIP ausmacht. Dadurch ergeben sich höhere Wachstumsbeiträge des privaten Konsums trotz geringerer Wachstumsraten im Vergleich zu den Bruttoanlageinvestitionen.

<sup>4</sup> Hinweis: Grafik 1 stellt die Entwicklungen anhand des gleitenden Durchschnitts der letzten vier Quartale dar, wodurch die Ergebnisse geglättet werden. Eventuell von der Beschreibung abweichende Einzelquartalszahlen stellen daher keinen inhaltlichen Widerspruch dar.

<sup>5</sup> Zwei Zeitreihenbrüche aufgrund von Methodik-Änderungen verschieben das in der Monetärstatistik ausgewiesene Niveau der Bestände an Unternehmenskrediten jeweils deutlich sichtbar nach unten (Dezember 2014 und Oktober 2016). Die in diesem Beitrag getätigten Aussagen werden dadurch nicht beschränkt. Es sei auch darauf hingewiesen, dass die qualitativen Ergebnisse der Umfrage über das Kreditgeschäft hinsichtlich der Entwicklung der Kreditnachfrage – vor allem punktuell – nicht zwingend mit der Entwicklung der Kreditbestände aus der Monetärstatistik übereinstimmen müssen.

## Kredite oder Kreditrahmen für Unternehmen

### Veränderung im jeweiligen Quartal,<sup>1</sup> Ergebnisse für Österreich

Saldo aus positiven und negativen Antworten,<sup>2</sup> Antworten von 7 bzw. 8 Banken

	2015				2016				2017				2018				2019
	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1
<b>Kreditrichtlinien</b>	<i>(Lockerung = positiv, Verschärfung = negativ)</i>																
Unternehmen gesamt	-2	-3	0	0	-1	0	-1	-1	0	1	-1	1	0	-1	0	0	0
Kredite an kleine und mittlere Unternehmen	-1	-2	0	0	0	0	-1	-1	0	0	-1	0	0	-1	0	0	0
Kredite an große Unternehmen	-3	-2	1	0	-1	1	-1	-1	0	1	-1	1	0	1	0	0	0
Kurzfristige Kredite (Laufzeit bis zu einem Jahr)	-1	-2	0	0	-1	0	-1	0	0	1	-1	1	0	0	0	0	0
Langfristige Kredite (Laufzeit über ein Jahr)	-3	-4	0	0	-1	-1	-1	-2	0	1	-1	1	0	-1	0	0	0
<b>Kreditbedingungen insgesamt</b>	<i>(Lockerung = positiv, Verschärfung = negativ)</i>																
Unternehmen gesamt	-3	-2	0	0	-1	0	2	0	1	0	1	0	1	1	0	0	x
Kredite an kleine und mittlere Unternehmen	-2	-2	0	0	-1	-1	1	0	1	0	1	0	1	-1	0	0	x
Kredite an große Unternehmen	-3	-2	0	0	-1	0	1	0	1	1	1	0	2	1	1	0	x
<b>Margen für durchschnittliche Kredite</b>	<i>(Lockerung/geringere Marge = positiv, Verschärfung/höhere Marge = negativ)</i>																
Unternehmen gesamt	-3	0	0	1	-1	2	3	1	4	3	3	0	3	3	1	0	x
Kredite an kleine und mittlere Unternehmen	-1	0	2	2	0	1	2	2	3	3	1	0	1	2	0	0	x
Kredite an große Unternehmen	-3	-1	1	0	-2	2	2	1	4	3	4	1	3	4	2	1	x
<b>Margen für risikoreichere Kredite</b>	<i>(Lockerung/geringere Marge = positiv, Verschärfung/höhere Marge = negativ)</i>																
Unternehmen gesamt	-3	-2	-1	0	-2	0	1	0	0	0	0	-1	0	0	-1	0	x
Kredite an kleine und mittlere Unternehmen	-1	-2	-1	0	-2	-1	0	0	0	0	0	-1	-1	-1	-1	0	x
Kredite an große Unternehmen	-3	-3	-1	0	-2	0	2	0	1	1	0	-1	0	0	-1	0	x
<b>Ausgewählte sonstige Kredite</b>	<i>(Lockerung = positiv, Verschärfung = negativ)</i>																
Zusatz- oder Nebenvereinbarung bei Krediten an Unternehmen gesamt	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	-1	0	0	2	0	0	x
<b>Genehmigte Kreditanträge</b>	<i>(gestiegen = positiv, gesunken = negativ)</i>																
Anteil bezogen auf das Gesamtvolumen	0	-1	-1	0	-1	0	1	0	-1	1	-2	0	0	0	-2	-1	x
<b>Kreditnachfrage</b>	<i>(gestiegen = positiv, gesunken = negativ)</i>																
Unternehmen gesamt	1	-1	-2	0	-1	1	1	2	4	3	2	4	4	5	2	3	0
Kredite an kleine und mittlere Unternehmen	0	0	0	1	-1	1	1	3	3	1	2	3	3	3	1	3	0
Kredite an große Unternehmen	0	-1	-2	0	-1	1	-1	3	4	2	2	3	2	5	3	3	-1
Kurzfristige Kredite (Laufzeit bis zu einem Jahr)	1	-1	-1	0	0	0	1	1	1	2	0	3	2	3	0	2	-2
Langfristige Kredite (Laufzeit über ein Jahr)	-1	0	-1	1	-1	1	-1	3	5	4	6	6	5	6	4	3	1
<b>Einfluss der Risikoeinschätzung der Banken</b>	<i>(Einfluss auf Veränderung, positiv/negativ gemäß der erklärten Position)</i>																
Wirtschaftslage und Konjunkturaussichten → Richtlinien für Kredite an große Unternehmen	-1	-1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	2	0	0	x
Branchen- oder firmenspezifische Lage und Aussichten, Kreditwürdigkeit der Kreditnehmer → Richtlinien für Kredite an großen Unternehmen	-1	-1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	1	2	0	0	x
<b>Einfluss der allgemeinen Wettbewerbssituation auf:</b>	<i>(Einfluss auf Veränderung, positiv/negativ gemäß der erklärten Position)</i>																
Kreditbedingungen insgesamt	0	0	1	0	-1	3	2	1	2	1	2	1	2	3	1	1	x
Margen für durchschnittliche Kredite	1	1	3	2	-1	2	2	0	2	2	2	2	2	3	3	2	x
Margen für risikoreichere Kredite	-1	0	0	0	-1	0	1	0	1	0	0	-1	0	2	0	0	x
Einfluss der Konkurrenz durch andere Banken auf die Kreditrichtlinien	1	0	0	0	0	0	0	0	1	0	1	2	0	3	0	0	x
<b>Kreditnachfrage gesamt, ausgewählte Einflussfaktoren</b>	<i>(Einfluss auf Veränderung, positiv/negativ gemäß der erklärten Position)</i>																
Anlageinvestitionen	-3	-2	-1	1	-1	0	-2	2	3	4	3	4	5	5	4	3	x
Lagerhaltung und Betriebsmittel	1	-1	-1	-1	-1	1	0	1	1	3	1	3	3	3	1	3	x
Fusion/Übernahmen und Unternehmensumstrukturierungen	1	0	0	1	0	1	1	1	1	0	1	2	4	3	3	2	x
Allgemeines Zinsniveau	0	0	0	0	0	0	1	1	1	0	1	1	1	1	1	1	x
Refinanzierung, Umschuldung und Neuverhandlung	0	1	0	1	0	3	1	1	2	1	3	3	4	4	3	3	x
Innenfinanzierung	-1	-1	-1	-1	-3	-3	-2	-3	-1	-3	-1	0	0	1	2	1	x
Kredite von anderen Banken	-1	1	1	0	0	0	0	0	1	0	1	1	2	2	1	1	x
Begebung/Tilgung von Schuldverschreibungen	-2	0	-2	-1	-1	-1	-1	0	0	-1	3	2	3	3	3	2	x

Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Die letzte Spalte enthält die Erwartungen der Banken für das angegebene nächste Quartal.

<sup>2</sup> Die Bezeichnungen „positiv“ und „negativ“ dienen der Richtungsangabe und sind in diesem Zusammenhang als wertfrei zu verstehen.

für Betriebsmittel, den Aufbau von Lagerbeständen, Restrukturierungen und Übernahmen von Unternehmen sowie die Refinanzierung und Umschuldung bestehender Kredite als Faktoren der gestiegenen Nachfrage. Vom niedrigen Zinsniveau gingen dagegen in den letzten Jahren kaum zusätzliche Impulse für die Kreditnachfrage der Unternehmen aus. Eine Übersicht über die Faktoren der expansiven Nachfrage, die großteils mit der hervorragenden Konjunktur in Zusammenhang stehen, ist in Tabelle 1 enthalten.

Die Aufnahme neuer Kredite war in den letzten Jahren für die Unternehmen zudem zu immer günstigeren Konditionen möglich, da die Banken seit Mitte 2016 – hauptsächlich aus Wettbewerbsgründen – die Margen für durchschnittlich risikoreiche Kredite kontinuierlich gesenkt haben.

In Summe haben die an der Umfrage teilnehmenden Banken die Kreditrichtlinien im Unternehmenskundengeschäft seit Jahren weitgehend unverändert belassen. Auch im Ausblick auf das erste Quartal 2019 werden hier keine Änderungen erwartet.

## 2 Kredite an private Haushalte: kaum Änderungen zum Jahresende

Im vierten Quartal 2018 gab es im Kreditgeschäft mit den privaten Haushalten (Wohnbaukredite sowie Konsum- und sonstige Kredite) kaum Änderungen im Vergleich zum Vorquartal (Tabelle 2 und Grafik 1). Vom vierten Quartal 2016 bis Mitte 2017 zog die Kreditnachfrage der privaten Haushalte merkbar an und verharrt seither weitgehend auf dem erreichten Niveau. Für das erste Quartal 2019 erwarten die befragten Banken allerdings einen Rückgang der Nachfrage nach Wohnbaukrediten. Die Nachfragesteigerungen in der Vergangenheit wurden mit günstigen Aussichten am Wohnimmobilienmarkt, gewachsenem Konsumentenvertrauen und dem allgemeinen, sehr niedrigen Zinsniveau (vor allem bzgl. Wohnbaukrediten) begründet. Im Unterschied zum Unternehmenskundengeschäft wirkten sich die niedrigen Zinsen bzw. die geringen Finanzierungskosten im Privatkundengeschäft bei Wohnbaukrediten ab 2015<sup>6</sup> deutlich positiv auf die Nachfrage aus. Die Leitzinsen im Eurosystem sind seit März 2016 unverändert geblieben (Hauptrefinanzierungssatz 0 %, Einlagensatz –0,4 %), nachdem sie zuvor ab November 2011 kontinuierlich gesenkt worden waren. Der Euribor, an den viele variabel verzinste Kredite gebunden sind, ist seit Februar 2016 in allen Fristigkeiten negativ.

Im langjährigen Rückblick hat sich die Nachfrage nach Wohnbaukrediten seit 2011 expansiv entwickelt, jene nach Konsum- und sonstigen Krediten weitgehend mit einer Seitwärtsbewegung. Ein Blick auf die Monetärstatistik (Grafik 2) zeigt ein ähnliches Bild. Die Bestände an Wohnbaukrediten bei österreichischen Banken wachsen bereits seit Jahren ungebrochen – zuletzt auf einen historischen Höchststand von 112 Mrd EUR im November 2018. Die Bestände an Konsum- und sonstigen Krediten sind seit Ende 2017 tendenziell etwas gesunken und betragen im November 2018 ungefähr 53 Mrd EUR. Auch in Relation zum BIP gibt es ein langjähriges – allerdings nur leichtes – Wachstum der Bestände an Wohnbaukrediten (von 27 % im Jahr 2011 auf 29 % Ende 2018). Die Bestände an Konsum- und sonstigen Krediten in Prozent des BIP sind von 2011 bis Ende 2018 deutlich gefallen – von 20 % auf 14 %.

<sup>6</sup> Davor wurden die Banken im Rahmen der Umfrage über das Kreditgeschäft nicht ausdrücklich nach diesem Zusammenhang gefragt.

Tabelle 2

## Kredite an private Haushalte

### Veränderung im jeweiligen Quartal,<sup>1</sup> Ergebnisse für Österreich

Saldo aus positiven und negativen Antworten,<sup>2</sup> Antworten von 7 Banken

	2015				2016				2017				2018				2019	
	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	
<b>Kreditrichtlinien</b>	<i>(Lockerung = positiv, Verschärfung = negativ)</i>																	
Wohnbaukredite	0	2	0	-1	0	-2	1	0	0	-1	1	-1	0	-2	-1	0	-2	
Konsumkredite und sonstige Kredite	-1	1	0	-1	0	0	1	0	0	0	1	-1	1	-1	0	-1	0	
<b>Kreditbedingungen</b>	<i>(Lockerung = positiv, Verschärfung = negativ)</i>																	
Wohnbaukredite	-1	-1	0	-1	0	-1	0	1	0	-1	1	0	1	-2	0	0	x	
Konsumkredite und sonstige Kredite	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1	0	0	0	0	x	
<b>Margen für durchschnittliche Kredite</b>	<i>(Lockerung/geringere Marge = positiv, Verschärfung/höhere Marge = negativ)</i>																	
Wohnbaukredite	0	0	0	-1	1	1	1	0	1	2	2	1	2	1	2	1	x	
Konsumkredite und sonstige Kredite	3	1	1	0	-1	0	0	1	0	0	-1	1	0	0	0	1	x	
<b>Margen für risikoreichere Kredite</b>	<i>(Lockerung/geringere Marge = positiv, Verschärfung/höhere Marge = negativ)</i>																	
Wohnbaukredite	-2	-3	-2	0	-1	0	0	-1	0	0	-1	-1	-1	-1	-1	0	x	
Konsumkredite und sonstige Kredite	1	-2	-1	0	-1	0	0	0	0	0	-1	0	0	0	0	0	x	
<b>Ausgewählte sonstige Kreditbedingungen</b>	<i>(Lockerung/geringere Marge = positiv, Verschärfung/höhere Marge = negativ)</i>																	
Fristigkeit bei Wohnbaukrediten	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	-2	0	0	x
<b>Genehmigte Kreditanträge</b> (Anteil bezogen auf das Gesamtvolumen)	<i>(gestiegen = positiv, gesunken = negativ)</i>																	
Wohnbaukredite	1	1	0	0	0	0	0	0	-1	0	0	0	0	-2	0	0	x	
Konsumkredite und sonstige Kredite	-2	-1	-1	-1	0	1	0	0	0	1	1	1	1	0	0	0	x	
<b>Kreditnachfrage</b>	<i>(gestiegen = positiv, gesunken = negativ)</i>																	
Wohnbaukredite	1	2	3	0	1	1	0	0	2	2	3	1	1	0	-1	-1	-2	
Konsumkredite und sonstige Kredite	-1	0	2	-1	0	0	1	1	2	3	0	0	-1	0	0	0	-1	
<b>Nachfrage nach Wohnbaukrediten, ausgewählte Einflussfaktoren</b>	<i>(Einfluss auf Veränderung, positiv/negativ gemäß der erklärten Position)</i>																	
Aussichten auf dem Wohnimmobilienmarkt und voraussichtliche Entwicklung der Preise für Wohneigentum	1	2	1	0	0	0	0	0	1	1	2	1	0	1	0	0	x	
Konsumentenvertrauen	0	0	2	1	2	1	1	1	1	2	3	2	0	1	0	0	x	
Allgemeines Zinsniveau	2	3	4	1	2	1	1	1	2	0	2	1	0	0	0	0	x	
Kredite von anderen Banken	-1	0	-1	-2	-2	-1	-1	-1	-1	1	-1	0	0	0	0	-1	x	
<b>Nachfrage nach Konsumkrediten und sonstigen Krediten, ausgewählte Einflussfaktoren</b>	<i>(Einfluss auf Veränderung, positiv/negativ gemäß der erklärten Position)</i>																	
Konsumentenvertrauen	0	0	2	0	0	0	0	0	0	1	1	2	0	0	1	0	x	
Allgemeines Zinsniveau	1	1	2	0	0	0	1	1	1	1	1	1	0	0	0	0	x	
Kredite von anderen Banken	-1	0	0	-1	-1	-1	-1	0	1	0	-1	-1	0	0	0	0	x	
<b>Weitere ausgewählte Einflussfaktoren</b>	<i>(Einfluss auf Veränderung, positiv/negativ gemäß der erklärten Position)</i>																	
Wettbewerbssituation → Kreditbedingungen insgesamt bei Wohnbaukrediten	0	0	1	0	0	1	1	2	1	1	1	1	1	1	3	1	x	
Wettbewerbssituation → Margen für durchschnittliche Wohnbaukredite	0	-1	1	-1	1	2	1	1	1	2	1	1	3	1	3	1	x	
Risikotoleranz der Banken → Kreditrichtlinien für Wohnbaukredite	0	1	-1	-1	0	0	0	0	0	-1	0	0	0	-2	0	0	x	
Risikotoleranz der Banken → Kreditbedingungen insgesamt bei Wohnbaukrediten	-1	-2	-1	-1	0	0	0	0	0	0	1	-1	0	-2	0	0	x	

Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Die letzte Spalte enthält die Erwartungen der Banken für das angegebene nächste Quartal.

<sup>2</sup> Die Bezeichnungen „positiv“ und „negativ“ dienen der Richtungsangabe und sind in diesem Zusammenhang als wertfrei zu verstehen.

Im Vergleich zum Unternehmenskundengeschäft verläuft die Entwicklung im Privatkundengeschäft weniger dynamisch und über einen längeren Zeitraum betrachtet auch weniger wechselhaft. Das zeigt sich nicht nur bei der Nachfrage, sondern auch angebotsseitig. Seit 2010 ist es zu keinen größeren Änderungen der Kreditrichtlinien gekommen. Punktuell fallen lediglich bei den Richtlinien für Wohnbaukredite Lockerungen im zweiten Quartal 2015 sowie Verschärfungen im zweiten Quartal 2016 und im zweiten Quartal 2018 auf. Die letzte punktuelle Verschärfung wurde mit einer gesunkenen Risikotoleranz der Banken begründet. Im zweiten Halbjahr 2018 blieben die Richtlinien nahezu unverändert – sowohl bei Wohnbau- als auch bei Konsum- und sonstigen Krediten. Im Ausblick auf das erste Quartal 2019 erwarten die befragten Banken allerdings etwas verschärfte Richtlinien für Wohnbaukredite.

Seit 2017 kam es aufgrund der Wettbewerbssituation immer wieder zu leichten Lockerungen der Margen (geringere Margen) für durchschnittlich risikoreiche Wohnbaukredite. Für Kreditnehmerinnen und Kreditnehmer mit entsprechender Bonität ergaben sich also in einem Umfeld stabiler und niedriger Leit- und Referenzzinsen laufend günstigere Finanzierungsbedingungen für den Wohnbau.

### 3 Ungünstigere Refinanzierung mit Anleihen im vierten Quartal 2018

Für das vierte Quartal 2018 meldeten drei der befragten acht Banken leichte Verschlechterungen bei der Refinanzierung über mittel- bis langfristige Anleihen (siehe in Tabelle 3 unter Großvolumige Schuldtitel). Vom zweiten Quartal 2015 bis zum ersten Quartal 2016 war es in diesem Segment zu deutlichen Einschränkungen gekommen. Von Anfang 2017 bis Anfang 2018 wurden hingegen deutliche Erleichterungen verzeichnet. Von Ende 2016 bis Anfang 2018 verbesserten sich zudem die Refinanzierungsbedingungen über Einlagen und jene am Geldmarkt. Für das erste Quartal 2019 erwarten die an der Umfrage teilnehmenden Banken eine weitgehend unveränderte Situation im Vergleich zum vierten Quartal 2018.

Tabelle 3

#### Zugang der Banken zu ausgewählten Refinanzierungsquellen

##### Veränderung im jeweiligen Quartal,<sup>1</sup> Ergebnisse für Österreich

Saldo aus positiven und negativen Antworten,<sup>2</sup> Antworten von 7 bzw. 8 Banken

	2015				2016				2017				2018				2019
	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1
<b>Retail-Refinanzierung</b>																	
<i>(Verbesserung = positiv, Verschlechterung = negativ)</i>																	
Kurzfristige Einlagen (bis zu einem Jahr)	0	0	-1	0	1	2	1	1	2	1	2	1	3	0	0	1	1
Langfristige Einlagen (über ein Jahr)	-4	-5	-4	-2	1	-1	0	0	0	1	1	-1	2	-1	-2	-1	-1
<b>Unbesicherter Interbankengeldmarkt</b>																	
<i>(Verbesserung = positiv, Verschlechterung = negativ)</i>																	
Sehr kurzfristiger Geldmarkt (bis zu einer Woche)	0	0	1	1	0	0	0	1	2	1	2	1	2	0	1	0	0
Kurzfristiger Geldmarkt (über eine Woche)	-3	-1	-1	-2	-1	-1	0	2	2	1	1	0	2	0	1	0	0
<b>Großvolumige Schuldtitel</b>																	
<i>(Verbesserung = positiv, Verschlechterung = negativ)</i>																	
Kurzfristige Schuldtitel <sup>3</sup>	-3	-2	-1	-2	-2	0	-1	0	0	2	2	1	1	0	0	0	0
Mittel- bis langfristige Schuldtitel	-1	-4	-2	-5	-4	-2	0	0	3	3	4	4	3	0	-1	-3	0

Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Die letzte Spalte enthält die Erwartungen der Banken für das angegebene nächste Quartal.

<sup>2</sup> Die Bezeichnungen „positiv“ und „negativ“ dienen der Richtungsangabe und sind in diesem Zusammenhang als wertfrei zu verstehen.

<sup>3</sup> Antworten von 5 bzw. 7 Banken.



#### 4 Kaum Änderungen aufgrund regulatorischer Aktivitäten im zweiten Halbjahr 2018

Seit 2011 werden die Banken halbjährlich zu den Auswirkungen regulatorischer Aktivitäten befragt.<sup>7</sup> Alle in diesem Abschnitt angesprochenen Entwicklungen beziehen sich ausschließlich auf die Folgen von regulatorischen Aktivitäten. Im zweiten Halbjahr 2018 gab es demnach kaum Änderungen bei Aktiva, Eigenkapital und Finanzierungsbedingungen der befragten Banken. Kreditrichtlinien und Kreditmargen blieben weitgehend unverändert. Für das erste Halbjahr 2019 wird eine Reduktion der risikogewichteten Aktiva durch den Abbau risikoreicherer Kredite erwartet, sowie eine Verschärfung der Kreditrichtlinien und Kreditmargen – vor allem bei Krediten an große Unternehmen und mehr noch bei Wohnbaukrediten an private Haushalte.

In der Vergangenheit waren einige Entwicklungen zu beobachten. Von 2011 bis 2016 wurden die risikogewichteten Aktiva reduziert. Die Eigenkapitalpositionen wurden von 2012 bis ins erste Halbjahr 2018 kontinuierlich ausgebaut. Die Banken realisierten dies hauptsächlich mit einbehaltenen Gewinnen und weniger mit der Ausgabe von Kapitalinstrumenten. Von Mitte 2011 bis Mitte 2016 kam es laut den Umfrageergebnissen vor allem bei Unternehmenskrediten zu einer Verschärfung von Kreditrichtlinien und Kreditmargen. Danach wurden nur noch vereinzelt diesbezügliche Änderungen gemeldet, wie etwa leichte Verschärfungen der Richtlinien für Unternehmenskredite im zweiten Halbjahr 2017.

#### 5 Kreditvergabepolitik österreichischer Banken weitgehend unbeeinflusst von notleidenden Krediten

Beginnend mit der Umfrage vom Juli 2018 werden die teilnehmenden Banken halbjährlich zu den Auswirkungen von notleidenden Krediten auf ihre Kreditvergabepolitik und die entsprechenden Wirkungskanäle befragt.<sup>8</sup>

Insgesamt zeigt sich die Kreditvergabepolitik österreichischer Banken weitgehend unbeeinflusst von notleidenden Krediten. 2018 hatten solche Kredite nahezu keine Auswirkungen auf Kreditrichtlinien und Kreditbedingungen der österreichischen Banken. Für den Zeitraum von 2014 bis 2017 gab es nur vereinzelte Angaben über Verschärfungen der Kreditrichtlinien und Kreditbedingungen aufgrund notleidender Kredite – vor allem in Zusammenhang mit Anforderungen regulatorischer Art.

Der Anteil notleidender Kredite ist in Österreich niedriger als im Euroraum sowie in der EU insgesamt, was für eine im Vergleich umsichtige Kreditvergabe bzw. eine gute Bonität der österreichischen Kreditnehmerinnen und Kreditnehmer spricht.<sup>9</sup>

<sup>7</sup> Gefragt wurde nach den Auswirkungen neuer regulatorischer oder aufsichtlicher Anforderungen im Zusammenhang mit Eigenkapital, Verschuldungsobergrenzen, Liquidität oder Risikovorsorge. Die diesbezügliche Frageformulierung ist mit der Umfrage vom Juli 2018 leicht adaptiert worden, ohne substantielle Änderungen aufzuweisen. Die Ergebnisse bleiben historisch vergleichbar.

<sup>8</sup> Konkret wird gefragt, welche Auswirkungen die NPL-Quote (non-performing-loan-Quote) auf die Kreditvergabepolitik der Banken hat. Die NPL-Quote ist definiert als der prozentuale Anteil des NPL-Bestands (brutto) in der Bankbilanz am Bruttobuchwert der Kredite.

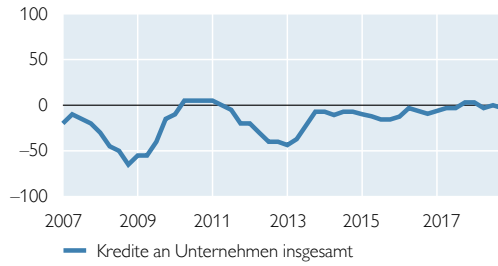
<sup>9</sup> Für nähere Informationen zu notleidenden Krediten und anderen für die Finanzmarktstabilität relevanten Entwicklungen siehe die halbjährlichen Finanzmarktstabilitätsberichte der OeNB.

## Entwicklung der Kreditrichtlinien und der Kreditnachfrage

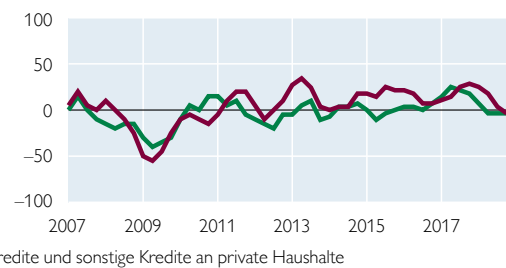
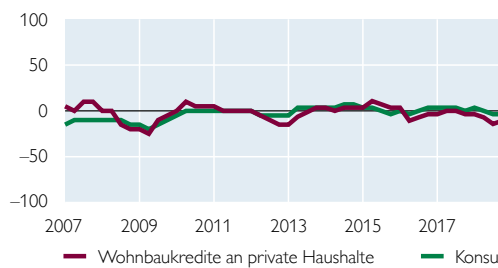
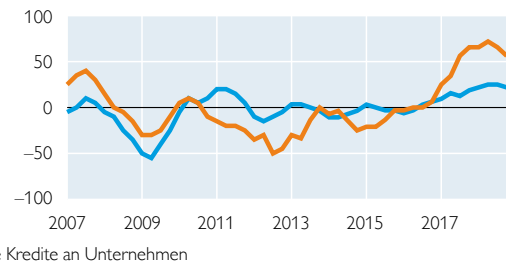
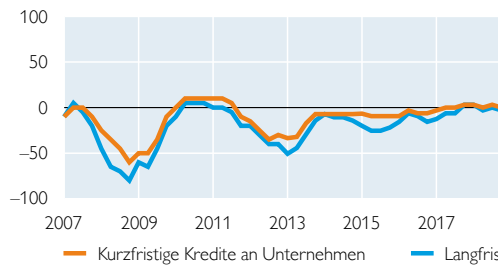
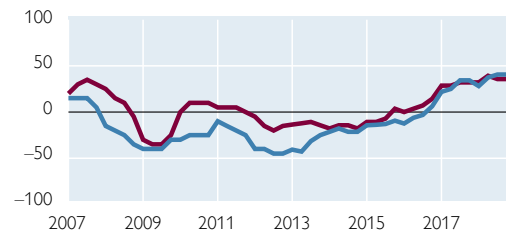
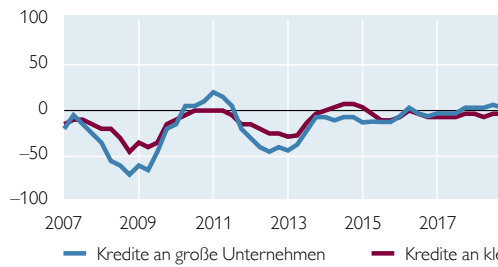
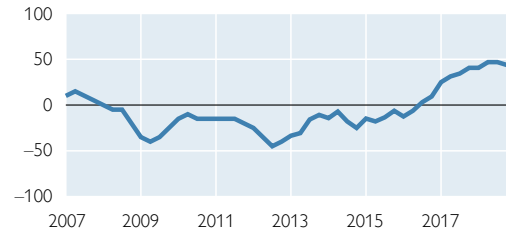
### Veränderung im letzten Quartal, Ergebnisse für Österreich

#### Kreditrichtlinien

Nettoprozensatz, gleitender Durchschnitt der letzten vier Quartale



#### Kreditnachfrage



Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Negative Werte = Verschärfung, positive Werte = Lockerung.

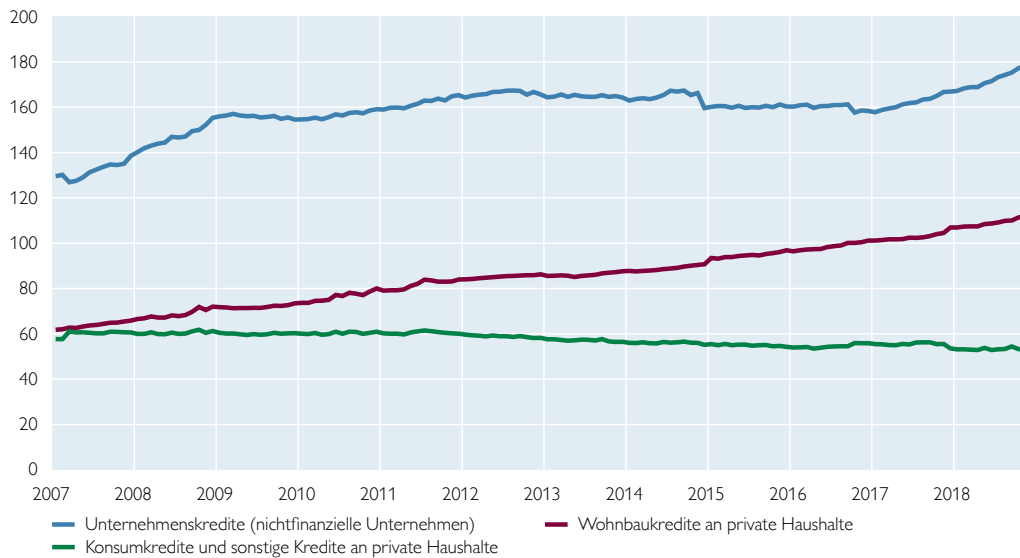
<sup>2</sup> Negative Werte = Rückgang, positive Werte = Steigerung.



Grafik 2

### Kreditbestand österreichischer Banken (in Mrd EUR)

Kredite von in Österreich ansässigen monetären Finanzinstituten an Ansässige im Euroraum, alle Währungen, dargestellt in Mrd EUR



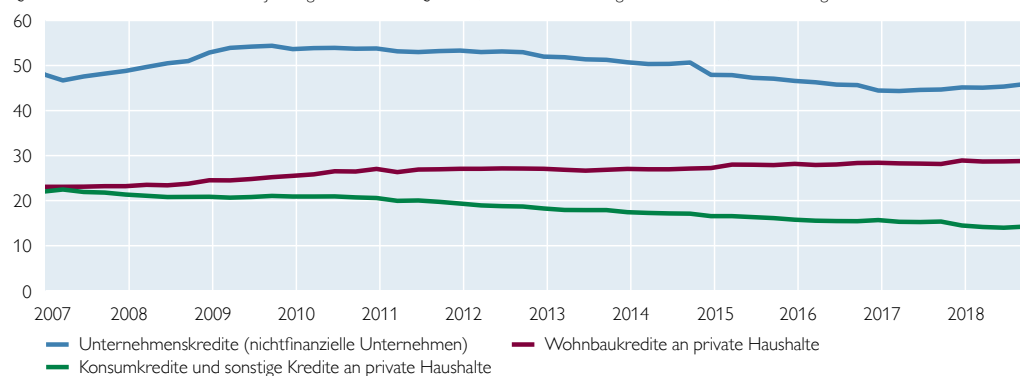
Quelle: OeNB, EZB.

Anmerkung: Zeitreihenbrüche im Dezember 2014 und Oktober 2016 aufgrund von Methodik-Änderungen - mit deutlich sichtbaren Auswirkungen bei den Unternehmenskrediten.

Grafik 3

### Kreditbestand österreichischer Banken (in % des BIP)

Quartalsendstände in % des BIP der jeweiligen letzten vier Quartale, Kredite an Ansässige im Euroraum, alle Währungen



Quelle: OeNB, EZB, Eurostat.

Anmerkung: Zeitreihenbrüche im Dezember 2014 und Oktober 2016 aufgrund von Methodik-Änderungen - mit deutlich sichtbaren Auswirkungen bei den Unternehmenskrediten.

Die Zentralbanken des Euroraums – in Österreich die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) – führen gemeinsam mit der Europäischen Zentralbank (EZB) seit Anfang 2003 viermal jährlich eine Umfrage über das Kreditgeschäft im Euroraum durch, um ihren Informationsstand über das Kreditvergabeverhalten der Banken und das Kreditnachfrageverhalten von Unternehmen und privaten Haushalten zu verbessern. Dabei werden rund 150 führende Banken aus allen Ländern des Euroraums befragt, darunter acht Institute aus Österreich.

Ab der Umfrage für das erste Quartal 2015 wird ein revidierter und erweiterter Fragebogen verwendet. Einige der aktuell erhobenen Daten sind daher erst ab 2015 verfügbar.

**Kreditrichtlinien** sind die internen Kriterien – sowohl die schriftlich festgelegten als auch die ungeschriebenen –, die bestimmen, unter welchen Voraussetzungen eine Bank Kredite vergeben möchte.

**Kreditbedingungen** sind die speziellen Verpflichtungen, auf die sich Kreditgeber und Kreditnehmer geeinigt haben (z. B. Margen, Nebenkosten, Sicherheitserfordernisse usw.).

**Kreditmargen** sind Aufschläge auf relevante Referenzzinssätze bzw. die Differenzen zwischen Kreditzinssätzen und Refinanzierungszinssätzen. Im Rahmen dieser Umfrage wird bei einer Verringerung der Margen von Lockerung und bei einer Erhöhung der Margen von Verschärfung gesprochen. Eine Lockerung der Margen ist für Kreditnehmer positiv, schränkt aber unmittelbar die Ertragsmöglichkeiten der Banken als Kreditgeber ein.

**Saldo aus positiven und negativen Antworten:** Die Anzahl der Banken, die auf eine Frage in positiver Richtung antworten (z. B. Lockerung der Margen, Steigerung der Nachfrage) abzüglich der Anzahl der Banken, die auf eine Frage in negativer Richtung antworten (z. B. Verschärfung der Margen, Rückgang der Nachfrage). Die Bezeichnungen „positiv“ und „negativ“ dienen hier als Richtungsangabe und sind in diesem Zusammenhang als wertfrei zu verstehen.

**Nettoprozensatz:** Der Saldo aus positiven und negativen Antworten im Verhältnis zur Anzahl der Antworten insgesamt. Wenn z. B. von acht antwortenden Banken zwei angeben, dass die Nachfrage nach Wohnbaukrediten gestiegen ist, eine angibt, dass die Nachfrage gesunken ist und die übrigen fünf angeben, dass die Nachfrage unverändert geblieben ist, dann ergibt sich ein Saldo von plus eins bzw. ein Nettoprozensatz von +12,5 (1/8). In diesem Beispiel gibt ein Überhang von nur einer Bank eine Nachfragesteigerung an – zu wenig, um daraus eine allgemeine Aussage abzuleiten. In einem solchen Fall muss von einer weitgehend unveränderten Situation ausgegangen werden.

**Veröffentlichungshinweise:** Der Artikel zur Umfrage über das Kreditgeschäft erscheint regelmäßig in der OeNB-Quartalspublikationsreihe „Statistiken – Daten und Analysen“ und wird vorab auf der OeNB-Website veröffentlicht. Dort finden sich auch weitere Informationen und Daten zu den Österreich-Ergebnissen (<https://www.oenb.at/Geldpolitik/Erhebungen/umfrage-ueber-das-kreditgeschaef.html>).

### **Euroraum-Ergebnisse der Umfrage über das Kreditgeschäft**

Die mit der Umfrage erhobenen Entwicklungen für den gesamten Euroraum weisen aktuell im Wesentlichen in dieselbe Richtung wie jene für Österreich. Auch aggregiert über alle 19 Mitgliedsländer des Euroraums ist bereits ein mehrjähriges Nachfragewachstum, sowohl bei Unternehmenskrediten als auch bei Haushaltskrediten, zu beobachten, das allerdings schon 2014 seinen Anfang nahm. Die Banken des Euroraums berichten ebenfalls seit 2014 von Lockerungen der Kreditrichtlinien. Diesbezügliche Änderungen fielen aber nicht so stark aus wie jene hinsichtlich der Nachfrage.

Im zweiten Halbjahr 2018 kam es im Euroraum in Fortsetzung langjähriger Trends zu einem Abbau risikoreicherer Kredite und zur Stärkung der Eigenkapitalpositionen in den Bilanzen der Banken. Im Unterschied zur Situation in Österreich verursachten notleidende Kredite im Euroraum in den letzten Jahren einen Druck auf die Kreditrichtlinien und verhinderten deren deutlichere Lockerung.

Detaillierte Ergebnisse und Berichte werden von der EZB auf ihrer Website veröffentlicht ([https://www.ecb.europa.eu/stats/ecb\\_surveys/bank\\_lending\\_survey/html/index.en.html](https://www.ecb.europa.eu/stats/ecb_surveys/bank_lending_survey/html/index.en.html)).



# Ausfallsansteckung innerhalb von nichtfinanziellen Konzernen

Paul Ehrlich<sup>1</sup>

*Im Rahmen dieser Analyse wird - anhand der Daten aus dem Zentralen Kreditregister (ZKR) und der erfassten Konzernabschlüsse - die Ausfallsansteckung einzelner Unternehmen innerhalb von nichtfinanziellen Konzernen untersucht. Dabei ist festzustellen, dass es bei etwas mehr als der Hälfte aller Konzerne zu weiteren Ausfällen kommt. Betrachtet man dabei den Ausfallsstatus der Konzernmutter, so zeigt sich, dass dieser für die Abschätzung der Ansteckung innerhalb eines Konzerns von zentraler Bedeutung ist.*

Gegenstand der vorliegenden Analyse ist die Ausfallsneigung innerhalb österreichischer nichtfinanzieller Konzerne nach einem initialen Ausfall innerhalb der Gruppe – im Weiteren hier als „Ansteckung“ bezeichnet.

Ein Konzern sei definiert als eine Gruppe von rechtlich eigenständigen Unternehmen, unter einheitlicher Leitung einer Konzernmutter, die nach § 244 Unternehmensgesetzbuch (UGB) bzw. § 15 Aktiengesetz zu einem Konzernabschluss verpflichtet ist. Es werden sowohl UGB- als auch IFRS<sup>2</sup>-konsolidierte Konzerne betrachtet. Ein Unternehmen befindet sich im Ausfall, wenn entweder Bedingungen gemäß Insolvenzordnung<sup>3</sup> vorliegen oder im Zentralen Kreditregister (ZKR<sup>4</sup>) ein Ausfall gemäß Artikel 178 der Verordnung (EU) 575/2013 gemeldet wird. In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass ein Ausfall nur auf Ebene des Unternehmens stattfinden kann. Der Konzern an sich kann nicht ausfallen, er stellt eine rein „buchhalterische“ Betrachtung (z. B. für steuerliche- oder Investitionszwecke) dar.

Da Unternehmen eines Konzerns verbunden sind, stellt sich die Frage, ob Ausfälle eines Unternehmens zu Ausfällen anderer Konzernmitglieder führen. Die Analyse zu dieser Fragestellung ist in zwei Themenblöcke geteilt. Zuerst wird ein Überblick über die Ausfallraten von Konzernen in den Jahren 2009–2015 gegeben. Im zweiten Teil wird die Entwicklung bezüglich der durchschnittlichen Neuausfallsrate innerhalb des ersten Jahres (oder bis zum Ende des Datensatzes) nach einem Ausfallsereignis analysiert und verglichen. Zusätzlich zur Analyse der Gesamtstichprobe wird auch detailliert auf die Unterschiede zwischen Konzerngruppen eingegangen, bei denen das Mutterunternehmen ausfällt oder nicht ausfällt.

<sup>1</sup> Oesterreichische Nationalbank, Abteilung Statistik – Aufsicht Modelle und Bonitätsanalysen, paul.ehrlich@oenb.at.

<sup>2</sup> International Financial Reporting Standards.

<sup>3</sup> Eröffnung des Insolvenzverfahrens (§§ 66 - 70 IO); Abänderung der Bezeichnung „Sanierungsverfahren“ auf „Konkursverfahren“ (§ 167 Abs. 3 IO); Abweisung des Antrags auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels kostendeckenden Vermögens (§ 71b IO); Nichtigkeit des Sanierungsplans und Wiederaufnahme des Insolvenzverfahrens (§ 158 Abs. 2 IO); Aufhebung des Insolvenzverfahrens (§§ 123 - 123b, 139, 152b IO).

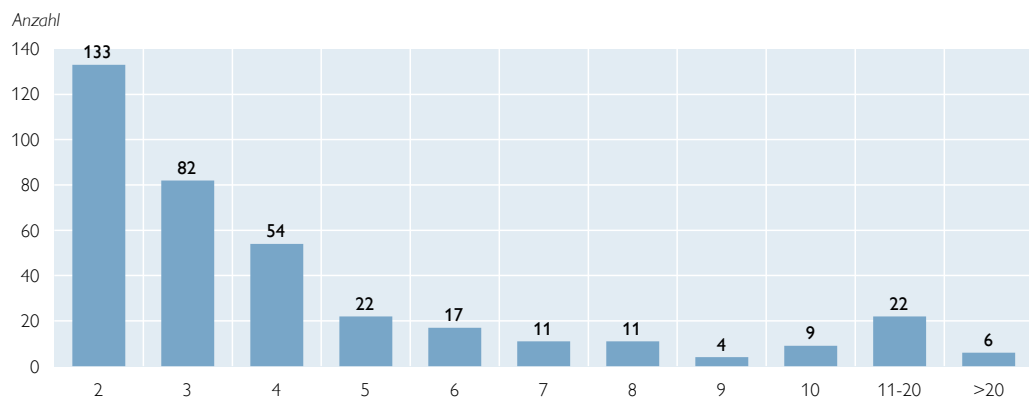
<sup>4</sup> <https://www.oenb.at/Statistik/Meldewesen/Meldebestimmungen/Zentralkreditregister.html>.

## 1 Datenbasis und Größenstruktur

Als Datenbasis dienen Meldungen aus dem ZKR sowie von der OeNB im Rahmen des ICAS-Ratingprozesses<sup>5</sup> erfasste Konzernabschlüsse. Die ZKR-Daten enthalten Informationen zum Ausfallstatus auf monatlicher Basis. Die Konzernzugehörigkeit der Unternehmen und der Information, ob es sich um ein Mutterunternehmen handelt, werden aus den Konzernabschlüssen gewonnen. Die Zusammensetzung der Konzerne erfolgt mittels der gesammelten Konzernabschlüsse des Jahres 2009. Aus der Kombination dieser Daten wird in Folge abgeleitet, zu welchem Zeitpunkt Mitglieder eines Konzerns ausfallen bzw. ob und wann Mutterunternehmen ausfallen. Betrachtet werden lediglich nichtfinanzielle Unternehmen mit einem ZKR-Obligo bei einer Bank, welche für die Berechnung des Eigenmittelerfordernisses den auf internen Einstufungen basierenden Ansatz (IRB<sup>6</sup>) verwendet. Dadurch sind nicht alle Konzernmitglieder erfasst, allerdings gibt es einheitliche Ausfallsignale. Die Datenquellen werden für den Zeitraum Mai 2009 bis Oktober 2015 kombiniert.<sup>7</sup> Über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg beinhalten diese 2.715 Firmen in 515 Konzernen.<sup>8</sup> Nicht alle Unternehmen werden über den gesamten Zeitraum beobachtet. Da nur Unternehmen, die im ZKR gemeldet sind, berücksichtigt werden, ändert sich die beobachtbare Zusammensetzung eines Konzerns über die Zeit je nachdem, ob das Unternehmen im ZKR meldepflichtig ist.<sup>9</sup> Die Daten sind zudem so aufbereitet, dass die Ausfallsperiode eines Unternehmens die letzte beobachtete Periode im Datensatz darstellt. Die weitere Entwicklung eines Einzelunternehmens nach einem Ausfall (z. B. eine Gesundung)

Grafik 1

### Verteilung der Gruppenmitglieder pro Konzern per Dezember 2009



Quelle: OeNB.

<sup>5</sup> *Inhouse Credit Assessment Systems. Siehe Leitner, C., Mayer, M. 2015. Common Credit Assessment System zur Bonitätsbeurteilung von nichtfinanziellen Unternehmen – das statistische Ratingmodell. In: Statistiken – Daten und Analysen Q4/15. OeNB. 49–54.*

<sup>6</sup> *Internal Ratings-Based Approach.*

<sup>7</sup> *Der Begriff „Mitglied eines Konzerns“ bezieht sich in dieser Analyse nur auf jene Unternehmen innerhalb eines Konzerns, die auch im ZKR gemeldet werden.*

<sup>8</sup> *Eine allgemeine Meldepflicht, welche Unternehmen in Österreich einen Konzernabschluss vorlegen (und somit hinsichtlich der Anzahl der Konzerne) gibt es nicht. Für die Zwecke der Geldmarktpolitik wird versucht, eine möglichst hohe Abdeckung zu erreichen.*

<sup>9</sup> *Das bedeutet, dass für jeden Konzern Unternehmen sowohl wegfallen als auch hinzukommen können, je nach Meldestatus im ZKR. Die Meldegrenze für Obligos, die im ZKR gemeldet werden müssen, liegt bei 350.000 EUR.*

spielt für diese Analyse keine Rolle, sondern es wird das weitere Ausfallsverhalten der anderen Unternehmen innerhalb des Konzerns betrachtet.

Bei der Analyse der Ausfallshäufigkeiten ist die Größenstruktur der Stichprobe von Interesse. Mit Größe ist hier die Anzahl der Konzernmitglieder gemeint (Unternehmenskennzahlen wie z. B. Umsatz sind nicht gemeint). Die Struktur ist heterogen, das heißt es finden sich insgesamt viele verschiedene Konzerngrößen: von zwei Mitgliedern in einem Konzern bis weit über 20. Grafik 1 stellt die Verteilung der Konzerngrößen per Dezember 2009 dar. Die Mediengröße für Konzerne zu diesem Zeitpunkt beträgt drei Unternehmen und die Durchschnittsgröße ist 4,65 Unternehmen.

## 2 Übersicht über Ausfälle

### 2.1 Ausfälle von Einzelunternehmen

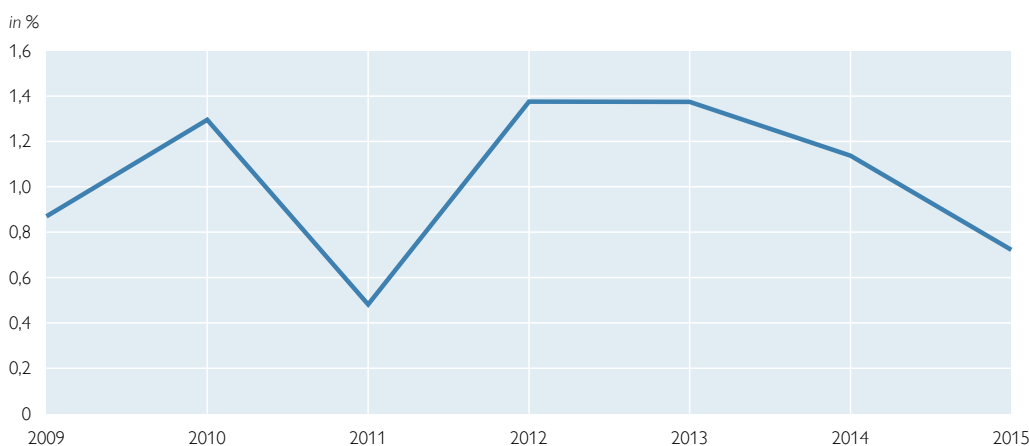
Einleitend ist in Grafik 2 die zeitliche Entwicklung der Unternehmensausfälle gemäß ZKR dargestellt.<sup>10</sup> Die Neuausfallsrate  $r_t$  ist für jedes Jahr definiert als:

$$r_t = \frac{d_t}{n_t}$$

Wobei  $d_t$  die Summe aller ausgefallenen Unternehmen im Jahr  $t$  ist und  $n_t$  die Anzahl der Unternehmen (Mitglied eines Konzerns im Datensatz), die bis zu Beginn des Jahres  $t$  nicht ausgefallen sind. Diese Ausfallsrate ist pro Jahr gerechnet und zeigt, dass die Ausfallsrate insgesamt temporären Schwankungen unterliegt und in einem niedrigen einstelligen Prozentbereich liegt.<sup>11</sup> Die Ausfallsrate in Grafik 2 lässt allerdings noch keinerlei Rückschlüsse zu, inwieweit sich Ausfälle auf die Konzerngruppe auswirken.

Grafik 2

#### Neuausfallsrate von Einzelunternehmen

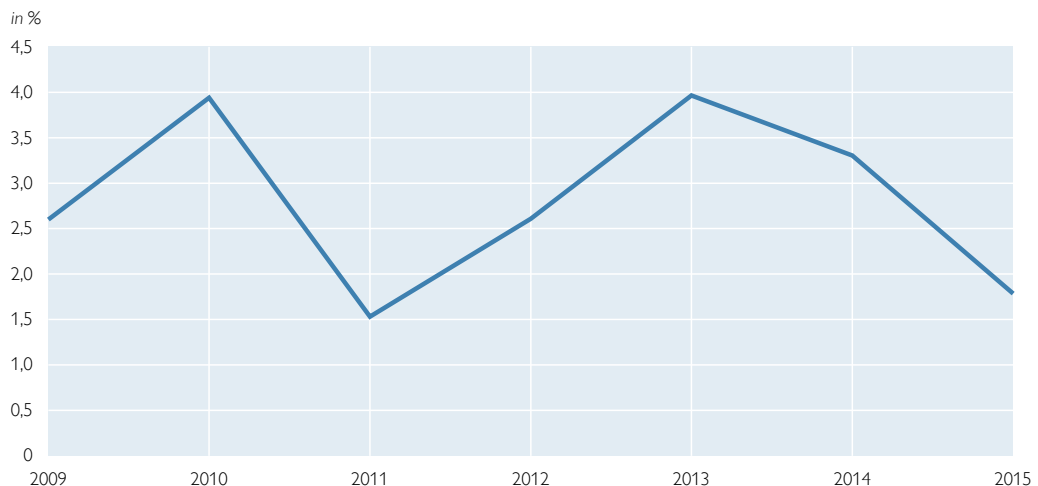


Quelle: OeNB.

<sup>10</sup> Gemäß der Stichprobe dieser Analyse nur für Unternehmen, welche Mitglied eines erfassten Konzerns sind.

<sup>11</sup> Die Werte für 2009 und 2015 sind auch deshalb etwas niedriger, da nicht das ganze Jahr beobachtet wird.

### Neuausfallsrate auf Konzernebene (mindestens ein Ausfall im Konzern)



Quelle: OeNB.

## 2.2 Ausfälle auf Konzernebene

In Grafik 3 ist das Verhältnis von Konzernen mit mindestens einem ausgefallenen Unternehmen zu Konzernen insgesamt ersichtlich. Diese Neuausfallsrate ist  $r_t^*$  definiert als:

$$r_t^* = \frac{d_t^*}{m_t}$$

Wobei  $d_t^*$  die Summe aller Konzerne, bei denen im Jahr  $t$  mindestens ein Konzernmitglied ausfällt, und  $m_t$  die Summe aller Konzerne zu Beginn des Jahres  $t$  ist. Aufgrund der höheren relativen Ausfallsraten im Vergleich zu Grafik 2 lässt sich vermuten, dass in der Regel nicht alle Mitglieder (Unternehmen) des Konzerns ausfallen.

## 3 Ansteckung innerhalb von Konzernen

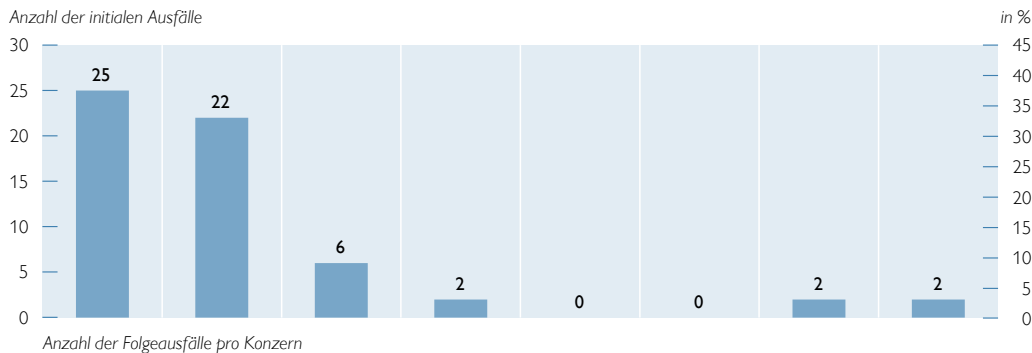
### 3.1 Ausfälle in einer Gruppe nach dem ersten Ausfall

Die zentrale Fragestellung dieser Analyse ist, inwieweit Ausfälle innerhalb von Konzernen zu weiteren Ausfällen in diesen Konzernen führen. Dazu werden im Folgenden Ausfälle in zwei Arten unterschieden: der initiale Ausfall bzw. die Folgeausfälle/Ansteckung. Der initiale Ausfall ist der erste Ausfall innerhalb eines Konzerns: davon sind insgesamt 59 zu verzeichnen (Grafik 4). Die Folgeausfälle bzw. die Ansteckung sind die nachfolgenden Ausfälle im Konzern. Um einen Überblick zu erhalten, wie häufig Folgeausfälle auftreten, zeigt Grafik 4 auch die Anzahl der Folgeausfälle – von „keinem“ („0“) bis „7“. Bei 57,6% der Konzerne mit einem Ausfall kommt es zu Folgeausfällen. Bei diesen Fällen werden überwiegend ein weiteres oder zwei weitere Unternehmen angesteckt. Da es nur wenige große Konzerne gibt (vgl. Grafik 1), ist es plausibel, dass nur wenige Beobachtungen mit einer hohen Zahl von Folgeausfällen zu verzeichnen sind.



Grafik 4

### Häufigkeit von Folgeausfällen pro initialem Ausfall bzw. Anteile der Zahl von Folgeausfällen



Quelle: OeNB.

### 3.2 Definition der durchschnittlichen Neuausfallsrate

Die im vorigen Kapitel dargestellten Ergebnisse bieten keine Aussage zur Frage, zu welchem Zeitpunkt nach einem Erstausfall weitere Firmen einer Gruppe ausfallen. Daher wird in diesem Abschnitt für alle Konzerne, die mindestens einen Ausfall im Datensatz aufweisen, die zeitliche Entwicklung der durchschnittlichen Neuausfallsraten analysiert. Das bedeutet, dass die Konzerne immer ab dem Zeitpunkt des ersten Ausfalls eines Konzernmitglieds analysiert werden. Die durchschnittliche Neuausfallsrate  $\bar{r}_t$  ist für jeden Zeitpunkt definiert als:

$$\bar{r}_t = \frac{1}{m_t} * \sum_{i=1}^{m_t} \frac{d_{it}}{n_{it}}$$

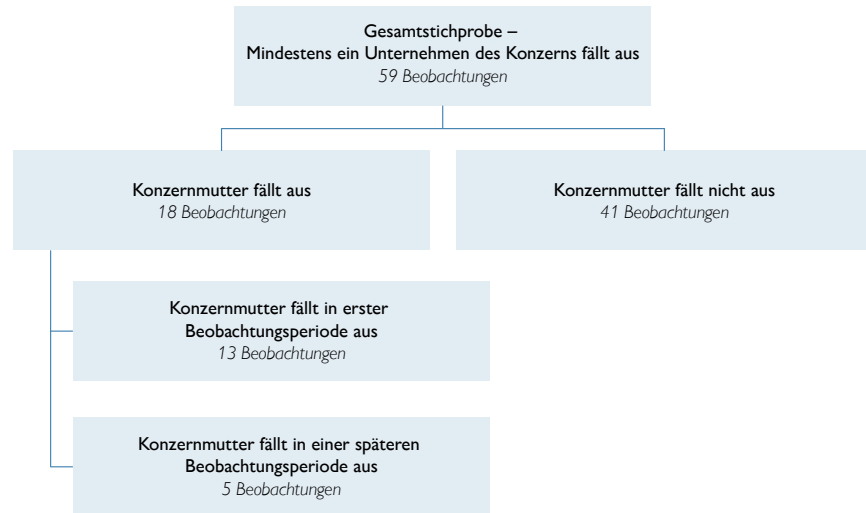
Wobei  $d_{it}$  die Anzahl der Ausfälle bei Konzern  $i$  zum Zeitpunkt  $t$  und  $n_{it}$  die Anzahl der Firmen des Konzerns  $i$ , die bis zum Zeitpunkt  $t-1$  nicht ausgefallen sind. Von dieser Rate wird dann der Durchschnitt über alle Konzerne  $m_t$  berechnet. Diese durchschnittliche Neuausfallsrate  $\bar{r}_t$  setzt sich in der ersten Beobachtungsperiode aus der Rate für den initialen Ausfall  $\bar{r}_I$  und der Ansteckungsrate  $\bar{r}_A$  zusammen:

$$\bar{r}_{t=1} = \bar{r}_{I t=1} + \bar{r}_{A t=1}$$

$$\text{Mit } \bar{r}_{I t=1} = \frac{1}{m_{t=1}} * \sum_{i=1}^m \frac{1}{n_{it=1}} \text{ und } \bar{r}_{A t=1} = \frac{1}{m_{t=1}} * \sum_{i=1}^m \frac{d_{it=1}-1}{n_{it=1}}.$$

Zum Zeitpunkts  $t=1$  kann nicht unterschieden werden, welches Konzernmitglied als erstes ausfällt. Da es per definitionem initiale Ausfälle nur in der ersten Beobachtungsperiode geben kann, ist für  $t>1$  die Definition von  $\bar{r}_A$  gleich  $\bar{r}_t$ . Die Rate für den initialen Ausfall  $\bar{r}_I$  spiegelt somit den Durchschnitt vom Kehrwert der einzelnen Konzerngrößen wider, während die Ansteckungsrate  $\bar{r}_A$  durch die Anzahl der Folgeausfälle im beobachteten Sample getrieben wird. Die Beobachtungsperiode für die Analyse des Ansteckungseffekts nach dem initialen Ausfall ist 1 Jahr.

**Stichprobenübersicht**



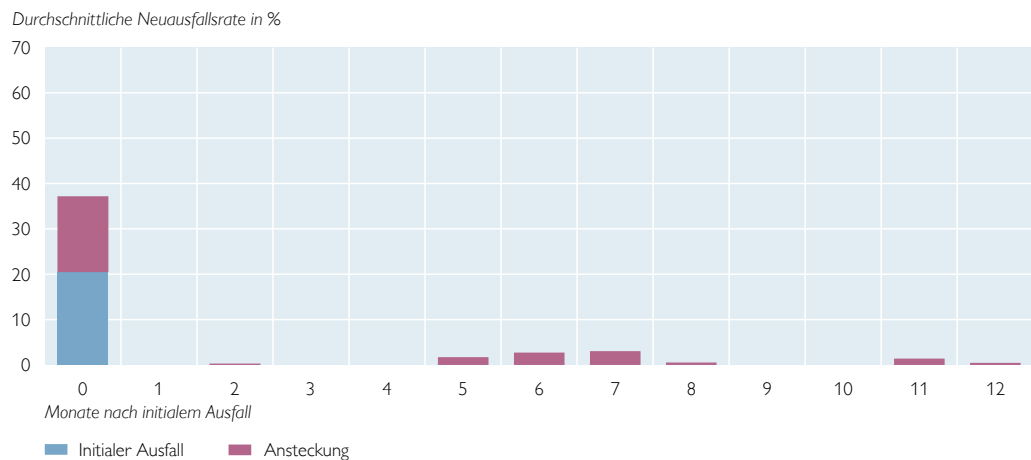
Quelle: OeNB.

Die Methode der durchschnittlichen Neuausfallsrate wird auf die Gesamtstichprobe und verschiedene Teilstichproben angewendet. Die Teilstichproben werden anhand des Ausfallsstatus der Konzernmutter unterschieden. Grafik 5 zeigt eine Übersicht über die Stichproben und die Anzahl an Beobachtungen auf Konzernebene.

**3.3 Neuausfallsrate im Zeitverlauf**

Die Berechnung der Raten  $\bar{r}_{It=1}$ ,  $\bar{r}_{At}$  aus Kapitel 3.2 für alle Konzerne (Gesamtstichprobe, 59 Beobachtungen), die einen Ausfall haben, führt zur Darstellung des Ausfallsverlaufs in Grafik 6.<sup>12</sup> Die Ansteckungsrate hat in der Gesamtstichprobe in

**Ausfallsverlauf im ersten Jahr – Gesamtstichprobe**



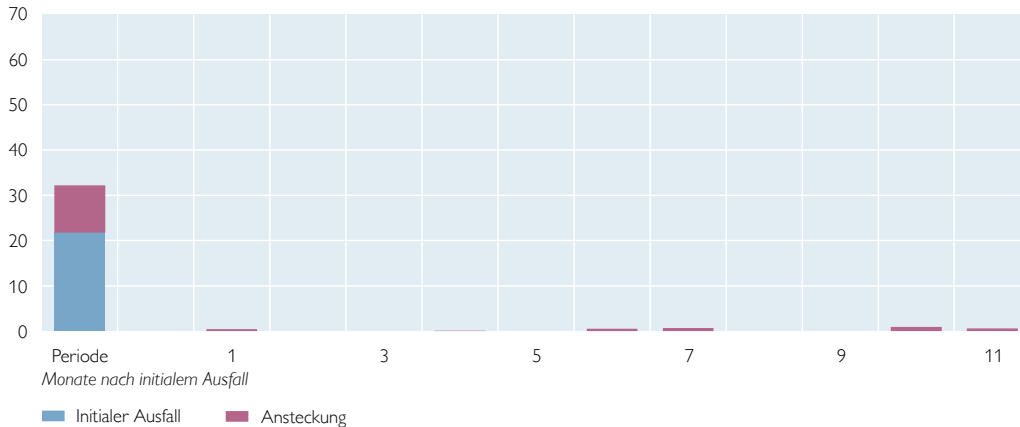
Quelle: OeNB.

<sup>12</sup> Der Aufbau von Grafik 6 wird auch für die Grafiken 7 bis 10 verwendet.

Grafik 7

### Ausfallsverlauf im ersten Jahr – Konzernmutter fällt nicht im Beobachtungszeitraum aus

Durchschnittliche Neuausfallsrate in %



Quelle: OeNB.

der ersten Beobachtungsperiode ihre stärkste Ausprägung, das heißt die meisten Folgeausfälle finden zur selben Zeit wie der initiale Ausfall statt. Die Ergebnisse der Teilstichproben weisen nicht immer dieses Muster auf.

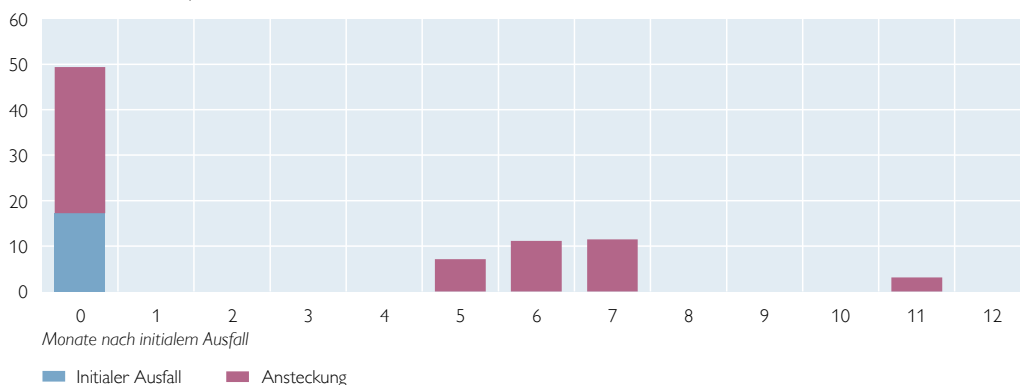
Grafik 7 zeigt die Entwicklung der Ausfallsraten für jene Konzerne, bei denen die Konzernmutter im Beobachtungszeitraum nicht ausfällt (41 Beobachtungen). Auffallend ist, dass – wie bei der Gesamtstichprobe – die initiale Ausfallsrate ähnlich hoch ist. Der Ansteckungseffekt ist hingegen sehr niedrig und steigert die durchschnittlichen Neuausfallsrate in der Ausgangsperiode um weniger als 10 %. Für die weiteren Perioden ist der Ansteckungseffekt – im Vergleich zu den anderen Teilstichproben – auch durchwegs niedrig.

Grafik 8 zeigt die Ausfallsrate für Konzerne, bei denen die Konzernmutter im Beobachtungszeitraum ausfällt (18 Beobachtungen). Es zeigt sich ein klar anderes Bild als bei jenen Konzernen, deren Mutter nicht ausfällt. Die Ansteckungsrate ist sowohl in der ersten Periode als auch in den 12 Monaten (jedoch nicht in jedem Monat) nach dem initialen Ausfall deutlich höher.

Grafik 8

### Ausfallsverlauf im ersten Jahr – Konzernmutter fällt aus

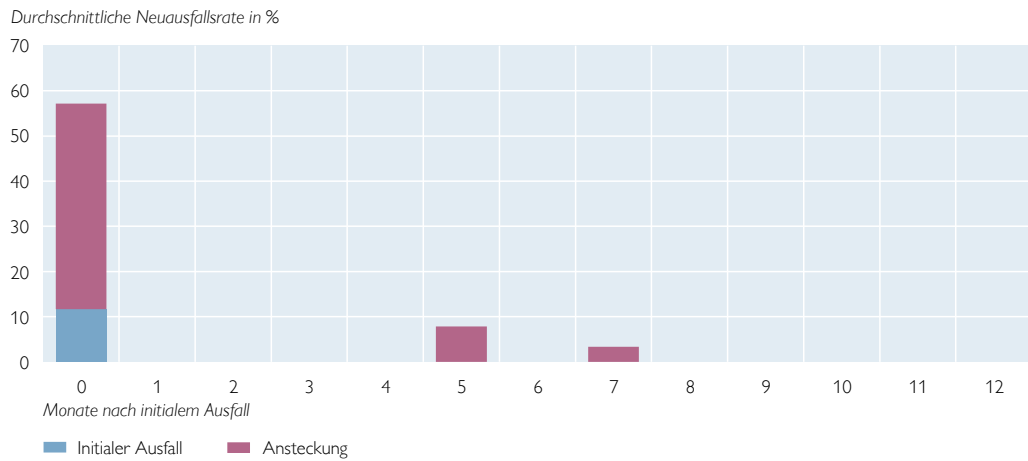
Durchschnittliche Neuausfallsrate in %



Quelle: OeNB.

Grafik 9

**Ausfallsverlauf im ersten Jahr – Konzernmutter fällt in erster Beobachtungsperiode aus**

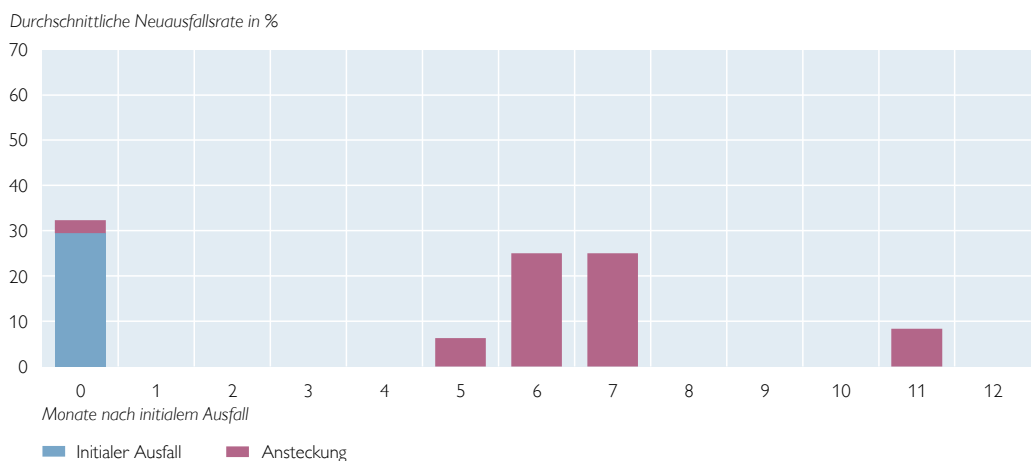


Die Entwicklung der durchschnittlichen Ausfallraten für Konzerne, bei denen die Konzernmutter in der ersten Beobachtungsperiode, in der es einen Ausfall im Konzern gibt, ausfällt, ist in Grafik 9 dargestellt. Bei dieser Teilstichprobe (13 Beobachtungen) wird der Großteil der Ausfallereignisse gleich zu Beginn beobachtet und einige weitere in den Monaten fünf und sieben. Damit findet auch gleichzeitig mit dem Ausfall der Konzernmutter (in derselben Periode) der Großteil der Ansteckung statt. Dies bedeutet, dass, wenn die Konzernmutter in der Ausgangsperiode ausfällt, fast 60 % der zu diesen Konzernen gehörenden Unternehmen ebenfalls ausfallen oder umgekehrt. Damit findet sich in dieser Stichprobe der stärkste Ansteckungseffekt.

Der Fall, dass der Ausfall der Konzernmutter später als in der Ausgangsperiode (allerdings innerhalb des ersten Jahres) beobachtet wird, ist in Grafik 10 dargestellt

Grafik 10

**Ausfallsverlauf im ersten Jahr – Konzernmutter fällt zu einem späteren Zeitpunkt aus**



(5 Beobachtungen). Der Ansteckungseffekt ist in der Ausgangsperiode (in der kein Ausfall der Konzernmutter stattfindet) besonders niedrig, aber in den weiteren Perioden (in denen ein Ausfall der Konzernmutter stattfindet) im Vergleich zu den anderen Teilstichproben hoch. Von allen Teilstichproben gibt es hier allerdings die wenigsten Beobachtungen.

#### 4 Schlussfolgerungen

Die vorliegende Analyse beschäftigt sich mit der Häufigkeit und der Entwicklung von Ausfällen von Unternehmen innerhalb von Konzerngruppen. Über die Jahre 2009–2015 zeigen die Ausfallraten auf Unternehmensebene und Konzernebene (mindestens ein Ausfall im Konzern) insgesamt ein zyklisches Verhalten. Wird die Ansteckung innerhalb eines Konzerns betrachtet, so zeigt sich, dass bei 57,6% der Konzerne mehr als ein Ausfall erfolgt. Bei der Analyse im Zeitverlauf ist erkennbar, dass die Ansteckung für die Gesamtstichprobe innerhalb des ersten Jahres in dem Monat des ersten Ausfalls besonders hoch ist. Bei genauerer Betrachtung der Teilstichproben (getrennt nach Ausfallsstatus der Konzernmutter) zeigt sich zudem, dass von einer Ansteckung vor allem jene Konzerne besonders stark betroffen sind, bei denen die Konzernmutter ebenfalls ausfällt. Dabei wirkt sich der Zeitpunkt des Ausfalls der Mutter auf den Zeitpunkt der Ansteckung aus. Ein später Ausfall der Konzernmutter bedeutet auch, dass höhere Ansteckungsraten später auftreten und umgekehrt. Innerhalb des Beobachtungszeitraumes (ein Jahr ab dem initialen Ausfall) gibt es eine relativ geringe Ansteckung innerhalb eines Konzerns, wenn die Konzernmutter nicht ausfällt. Empirisch zeigt sich also, dass der Ausfallsstatus der Konzernmutter für die Abschätzung der Ausfallsansteckung innerhalb eines Konzerns von zentraler Bedeutung ist.



# DATEN

Redaktionsschluss: 4. Februar 2019

Die jeweils aktuellsten Daten sowie weitere Indikatoren können auf der OeNB-Website [www.oenb.at](http://www.oenb.at) abgerufen werden:

Statistische Daten: [www.oenb.at/Statistik/Standardisierte-Tabellen.html](http://www.oenb.at/Statistik/Standardisierte-Tabellen.html)

Dynamische Abfrage: [www.oenb.at/isaweb/dyna1.do?lang=DE&go=initHierarchie](http://www.oenb.at/isaweb/dyna1.do?lang=DE&go=initHierarchie)

Veröffentlichungskalender: [www.oenb.at/isaweb//releasehierarchie.do?lang=DE](http://www.oenb.at/isaweb//releasehierarchie.do?lang=DE)

## Tabellenübersicht

1 Österreichischer Beitrag zu den Euro-Geldmengen M3	49
2 Ausleihungen innerhalb und außerhalb des Euroraums	50
3 Kundenzinssätze – Neugeschäft	51
4 Konsolidierte Vermögenslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD	52
5 Konsolidierte Eigenmittel des gesamten österreichischen Bankensektors gemäß Teil 2 und 3 CRR	53
6 Konsolidierte Ertragslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD	54
7 Kredite gemäß ZKRM-V – alle Sektoren (Kreditinstitute, Leasing- und Versicherungsunternehmen)	55
8 Kredite gemäß ZKRM-V – Kreditinstitute insgesamt	56
9 Sonstige Finanzintermediäre	57
10 Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen	58
11 Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung und Verbindlichkeiten	59
12 Zahlungsbilanz – Gesamtübersicht – Global	60
13 Österreichs Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland	61
14 Direktinvestitionen	62



Tabelle 1

## Österreichischer Beitrag<sup>1</sup> zu den Euro-Geldmengen M3

Periodenstand	2016	2017	2018	Juli 18	Aug. 18	Sep. 18	Okt. 18	Nov. 18	Dez. 18
<i>in Mio EUR</i>									
<b>M3 (M2 + 1. + 2. + 3.)</b>	313.729	326.123	352.215	338.749	341.393	339.594	344.960	347.605	352.215
1. Einlagen aus Repo-Geschäften <sup>5</sup>	x	x	x	x	x	x	x	x	x
2. Begebene Geldmarktfondsanteile <sup>2</sup>	73	54	32	50	49	49	48	51	32
3. Begebene Schuldverschreibungen von bis zu 2 Jahren <sup>2</sup>	4.000	2.231	1.938	2.713	2.843	2.618	2.342	2.427	1.938
<b>M2 (M1 + 4. + 5.)</b>	309.436	323.737	350.215	335.881	338.391	336.819	342.544	345.100	350.215
4. Einlagen mit Bindungsfrist von bis zu 2 Jahren	101.261	94.381	91.962	89.023	89.398	88.737	89.821	90.176	91.962
5. Einlagen mit Kündigungsfrist von bis zu 3 Monaten	5.201	3.926	3.984	4.101	4.093	4.241	3.797	3.862	3.984
<b>M1 (6.)</b>	202.974	225.429	254.270	242.757	244.900	243.841	248.927	251.063	254.270
6. Täglich fällige Einlagen	202.974	225.429	254.270	242.757	244.900	243.841	248.927	251.063	254.270
<b>Längerfristige finanzielle Verbindlichkeiten</b>									
Einlagen mit Bindungsfrist von über 2 Jahren von Nicht-MFIs im Euroraum	48.825	44.497	43.097	44.186	44.232	43.749	44.062	43.340	43.097
Einlagen mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten von Nicht-MFIs (ohne Zentralstaaten) im Euroraum	66	50	56	61	61	61	2	58	56
Begebene Schuldverschreibungen von über 2 Jahren <sup>2</sup>	97.964	91.245	101.356	100.434	101.178	101.367	100.762	101.697	101.356
Kapital und Rücklagen <sup>3</sup>	83.635	78.593	81.306	77.708	78.565	78.156	78.716	78.984	81.306
<b>Titrierte und nicht titrierte Kredite an Nicht-MFIs im Euroraum<sup>4</sup></b>									
Öffentliche Haushalte	118.147	122.407	122.043	121.953	122.857	122.645	123.674	123.068	122.043
Sonstige Nicht-MFIs	392.314	397.906	425.031	414.131	416.657	419.041	420.850	422.797	425.031
Buchkredite	343.289	353.447	373.799	362.837	365.429	367.557	369.934	371.692	373.799
<b>Nettoforderungen gegenüber Ansässigen außerhalb des Euroraums</b>	73.433	70.362	65.005	65.525	64.595	70.093	64.053	60.527	65.005

Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Ohne Bargeldumlauf.

<sup>2</sup> Positionen sind um entsprechende Forderungen an im Euroraum ansässige MFIs konsolidiert.

<sup>3</sup> Die Position „Kapital und Rücklagen“ ist um Aktien und sonstige Anteilsrechte an im Euroraum ansässige MFIs konsolidiert.

<sup>4</sup> Ab dem Berichtstermin 30. Juni 2005 wird für nicht titrierte Kredite der Nominalwert (inklusive Wertberichtigungen) erhoben.

<sup>5</sup> Exklusive Repogeschäfte mit Clearinghäusern.

**Ausleihungen<sup>1</sup> innerhalb und außerhalb des Euroraums**

	2016	2017	2018	Juli 18	Aug. 18	Sep. 18	Okt. 18	Nov. 18	Dez. 18
<i>in Mio EUR</i>									
<b>Ausleihungen im Euroraum</b>									
<b>Nichtbanken-Finanzintermediäre</b>	27.664	25.992	27.411	25.587	26.203	26.358	26.427	27.023	27.411
<b>Vertragsversicherungen und Pensionskassen</b>	236	35	836	1.023	1.088	1.328	1.444	1.220	836
<b>Nichtfinanzielle Unternehmen</b>	158.458	166.884	179.079	173.303	174.312	175.317	177.335	178.252	179.079
<b>Private Haushalte</b>	156.930	160.535	166.443	162.892	163.794	164.523	164.698	165.166	166.443
Ausleihungen für Konsumzwecke	18.925	18.768	18.574	18.821	18.769	18.748	18.398	18.224	18.574
Ausleihungen für Wohnbau	101.167	106.965	112.819	109.697	110.462	109.952	111.443	111.890	112.819
Sonstige Ausleihungen	36.838	34.802	35.050	34.373	34.564	35.823	34.857	35.052	35.050
<b>Öffentliche Haushalte</b>	28.428	24.762	24.826	24.257	24.665	24.196	25.622	25.972	24.826
<b>Ausleihungen außerhalb des Euroraums</b>									
<b>Banken</b>	30.849	33.302	38.342	44.339	45.051	44.019	46.114	45.170	38.342
<b>Nichtbanken</b>	48.088	41.932	42.828	42.231	42.838	43.213	43.804	43.369	42.828
<b>Öffentliche Haushalte</b>	3.227	2.645	3.407	2.913	3.036	3.076	3.080	3.067	3.407

Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Ab dem Berichtstermin 30. Juni 2005 wird für Ausleihungen der Nominalwert (inklusive Wertberichtigungen) erhoben.

Tabelle 3

**Kundenzinssätze<sup>1</sup> – Neugeschäft**

	2016	2017	2018	Juli 18	Aug. 18	Sep. 18	Okt. 18	Nov. 18	Dez. 18
	in %								
<b>Einlagenzinssätze<sup>2</sup></b>									
<b>von privaten Haushalten<sup>3</sup></b>									
mit vereinbarten Laufzeiten									
bis 1 Jahr	0,31	0,24	0,21	0,21	0,20	0,19	0,21	0,21	0,21
1 bis 2 Jahre	0,38	0,35	0,34	0,33	0,33	0,35	0,35	0,36	0,34
über 2 Jahre	0,77	0,66	0,63	0,61	0,56	0,64	0,54	0,57	0,80
<b>von nichtfinanziellen Unternehmen<sup>3</sup></b>									
mit vereinbarten Laufzeiten									
bis 1 Jahr	0,23	0,10	0,12	0,04	0,20	0,41	0,03	0,00	-0,09
<b>Kreditzinssätze<sup>2</sup></b>									
<b>an private Haushalte<sup>3</sup></b>									
für Konsum	5,12	4,96	5,11	5,26	5,28	5,23	5,14	5,11	4,98
Effektivzinssatz <sup>4</sup>	7,01	6,79	7,25	7,62	7,62	7,43	7,28	7,21	7,05
Wohnbau	1,92	1,89	1,83	1,87	1,85	1,83	1,82	1,81	1,82
Effektivzinssatz <sup>4</sup>	2,37	2,27	2,25	2,31	2,30	2,29	2,25	2,25	2,19
für sonstige Zwecke	2,18	2,00	1,98	2,00	1,94	2,04	1,96	1,84	1,95
freie Berufe	2,27	2,18	2,13	2,16	2,06	2,16	2,10	2,01	2,12
<b>an nichtfinanzielle Unternehmen<sup>3</sup></b>									
Kredite bis 1 Mio EUR	1,92	1,80	1,82	1,83	1,81	1,82	1,85	1,83	1,79
mit Kreditlaufzeit bis 1 Jahr	1,78	1,42	1,49	1,30	1,43	1,65	1,68	1,80	1,74
mit Kreditlaufzeit über 1 Jahr	2,21	1,94	1,92	1,99	1,93	1,88	1,91	1,85	1,80
Kredite über 1 Mio EUR	1,54	1,46	1,38	1,41	1,29	1,43	1,29	1,41	1,31
mit Kreditlaufzeit bis 1 Jahr	1,28	1,08	1,01	1,01	0,98	1,00	1,04	0,96	1,10
mit Kreditlaufzeit über 1 Jahr	2,15	1,71	1,64	1,63	1,57	1,75	1,47	1,68	1,43

Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Der Zinssatz ist der vereinbarte annualisierte Jahreszinssatz in Prozent pro Jahr. In diesem Zinssatz sind nur etwaige unterjährige Zinskapitalisierungen, aber keine sonstigen Kosten enthalten.

<sup>2</sup> In Euro.

<sup>3</sup> Der Subsektor „freie Berufe und selbstständig Erwerbstätige“ war bis einschließlich Mai 2004 Teil des Sektors „nichtfinanzielle Unternehmen“ und ist seit Juni 2004 im Sektor „private Haushalte“ enthalten.

<sup>4</sup> Ohne „Private Organisationen ohne Erwerbszweck“.

Anmerkung: Aufgrund der Änderung bei der Methodik der Meldungserhebung kommt es im Jänner 2017 zu Zeitreihenbrüchen.

**Konsolidierte Vermögenslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD<sup>1</sup>**

Periodenendstand	2015	2016	2017	Q3 15	Q3 16	Q3 17	Q3 18
	<i>in Mio EUR</i>						
<b>Aktiva</b>							
Kassenbestand und Guthaben bei Zentralbanken	58.639	66.168	71.381	52.375	58.745	75.530	68.624
Darlehen und Kredite	734.897	647.983	668.229	758.754	632.270	660.457	696.504
Schuldverschreibungen	161.865	146.955	130.021	163.476	144.589	133.921	133.776
Eigenkapitalinstrumente	9.243	8.588	8.745	10.333	8.752	8.886	6.507
Derivate inklusive für Sicherungsmaßnahmen mit positivem Marktwert	33.893	29.058	21.540	35.801	32.792	22.997	18.819
Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert werden	19.965	18.329	19.871	19.307	18.903	19.224	20.381
Materielle Vermögenswerte	15.943	10.344	9.709	13.387	139.966	9.727	17.527
Immaterielle Vermögenswerte	3.011	2.661	2.970	2.960	2.629	2.742	2.896
Steueransprüche und sonstige Vermögenswerte	18.620	16.163	16.818	19.906	15.940	17.358	16.406
Summe Aktiva/Passiva	1.056.075	946.248	949.283	1.076.298	1.054.584	950.841	981.439
<b>Passiva</b>							
Einlagen von Zentralbanken	16.423	10.905	23.952	16.457	9.087	21.990	24.426
Einlagen von Kreditinstituten <sup>2</sup>	129.211	111.560	101.023	155.027	113.088	110.645	105.521
Einlagen von Nichtbanken	575.113	534.265	558.610	567.172	520.579	547.424	570.570
Begebene Schuldverschreibungen <sup>2,5</sup>	165.583	139.545	120.449	164.849	137.715	123.154	138.504
Derivate inkl. für Sicherungsmaßnahmen mit negativem Marktwert	26.208	20.393	14.752	27.393	24.721	15.743	12.123
Lieferverpflichtungen eines Leerverkäufers	870	922	774	1.134	814	779	1.104
Nachrangige Verbindlichkeiten <sup>4</sup>	21.738	18.593	15.926	22.796	22.661	16.460	x
Auf Anforderung rückzahlbares Aktienkapital <sup>3</sup>	0	0	0	0	0	0	0
Als zur Veräußerung gehalten eingestufte, den Veräußerungsgruppen zugeordnete Verbindlichkeiten <sup>3</sup>	5.216	4	109	2.418	107.058	94	8.877
Steuerschulden und sonstige finanzielle und nichtfinanzielle Verbindlichkeiten <sup>5</sup>	24.373	22.070	19.826	27.010	21.355	21.711	22.872
Rückstellungen	13.086	12.399	12.165	13.942	12.723	12.026	12.284
Eigenkapital und Minderheitenanteile	78.256	75.590	81.698	78.102	84.782	80.815	85.157
davon: Kumuliertes sonstiges Ergebnis <sup>3</sup>	-4562	-3505	-3423	-5276	-4308	-3538	-6829
Minderheitenanteile	10.231	6.270	6.338	10.732	9.819	6.221	6.324
Summe Aktiva/Passiva	1.056.075	946.248	949.283	1.076.298	1.054.584	950.841	981.439

Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Sekundärerhebung: Zusammenführung von Meldedaten von Kreditinstitutgruppen (KI-Gruppen) und von unkonsolidierten Meldedaten der Einzelkreditinstitute. Im Rahmen des Belegs „Konsolidierte Ertrags- und Vermögenslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD“ werden quartalsweise regulatorisch konsolidierte (KI-Gruppen) und unkonsolidierte (Einzelkreditinstitute) Daten zu einer einheitlichen Darstellung der Ertrags- und Vermögenslage des gesamten österreichischen Bankenwesens unter Berücksichtigung von Verflechtungen aufgrund regulatorischer Konsolidierung automatisiert zusammengeführt. Die im obenstehenden Schema ausgewiesenen Positionen können im Zeitablauf der Veröffentlichung zu Meldeterminen vor Q1/18 anders benannt gewesen sein bzw. kann es bei der Definition einzelner Positionen über die angeführten Differenzen hinaus zu Abweichungen zwischen verschiedenen Meldedaten kommen.

<sup>2</sup> Bis zum 1. Quartal 2018 wurden hier nachrangige Verbindlichkeiten exkludiert und in einer separaten Position dargestellt. Ab dem 2. Quartal 2018 sind hier nachrangige Verbindlichkeiten inkludiert.

<sup>3</sup> Für diese Positionen werden lediglich Daten von nach IFRS bilanzierenden KI-Gruppen dargestellt.

<sup>4</sup> Diese Position ist nur bis zum 1. Quartal 2018 verfügbar.

<sup>5</sup> Bis zum 1. Quartal 2018 wurden sonstige finanzielle Verbindlichkeiten als Teil der Position „Begebene Schuldverschreibungen, sonstige finanzielle Verbindlichkeiten“ dargestellt. Seit dem 2. Quartal 2018 sind diese Teil der Position „Steuerschulden und sonstige finanzielle und nichtfinanzielle Verbindlichkeiten“.

Anmerkung: Datenstand: 29. Jänner 2019.

Tabelle 5

**Konsolidierte Eigenmittel gemäß Teil 2 und 3 CRR auf Basis CBD<sup>1</sup>**

Periodenendstand	Q3 17	Q4 17	Q1 18	Q2 18	Q3 18
	<i>in Mio EUR</i>				
<b>Eigenmittel</b>	82.823	84.983	83.964	85.041	84.306
Kernkapital (T1)	68.920	71.515	71.313	72.763	72.279
Hartes Kernkapital (CET1)	67.357	69.985	68.683	69.792	69.341
Zusätzliches Kernkapital	1.563	1.530	2.630	2.971	2.938
Ergänzungskapital (T2)	13.903	13.468	12.651	12.278	12.027
<b>Gesamtrisikobetrag</b>	451.109	449.451	456.279	462.049	467.957
Risikogewichtete Positionsbeträge für das Kredit-, das Gegenparteausfall- und das Verwässerungsrisiko sowie Vorleistungen	386.072	388.687	395.066	401.229	405.452
Risikopositionsbetrag für Abwicklungs- und Lieferrisiken	6	2	4	25	2
Gesamtrisikobetrag für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken	9.075	8.321	8.795	9.126	9.965
Gesamtrisikobetrag für operationelle Risiken	51.116	47.836	47.703	47.086	47.171
Zusätzlicher Risikopositionsbeitrag aufgrund fixer Gemeinkosten <sup>2</sup>	0	0	0	0	0
Gesamtrisikobetrag aufgrund Anpassung der Kreditbewertung	2.322	2.142	2.257	2.079	1.958
Gesamtrisikobetrag in Bezug auf Großkredite im Handelsbuch	54	0	0	0	0
Sonstige Risikopositionsbeträge	2.464	2.464	2.454	2.504	3.409
	<i>in %</i>				
Harte Kernkapitalquote (CET1)	14,93	15,57	15,05	15,10	14,82
Kernkapitalquote (T1)	15,28	15,91	15,63	15,75	15,45
Gesamtkapitalquote	18,36	18,91	18,40	18,41	18,02

Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Sekundärerhebung: Zusammenführung von Meldedaten von Kreditinstitutsgruppen (KI-Gruppen) und von unkonsolidierten Meldedaten der Einzelkreditinstitute. Im Rahmen des Belegs „Konsolidierte Eigenmittel und Eigenmittelanforderungen gemäß Teil 2 und 3 CRR auf Basis CBD (Consolidated Banking Data) 67“ werden quartalsweise regulatorisch konsolidierte (KI-Gruppen) und unkonsolidierte (Einzelkreditinstitute) Daten zu einer einheitlichen Darstellung der Eigenmittelausstattung des gesamten österreichischen Bankenwesens unter Berücksichtigung von Verflechtungen aufgrund regulatorischer Konsolidierung automatisiert zusammengeführt. Die im obenstehenden Schema ausgewiesenen Positionen können im Zeitablauf der Veröffentlichung zu Meldeterminen vor Q1/18 anders benannt gewesen sein bzw. kann es bei der Definition einzelner Positionen über die angeführten Differenzen hinaus zu Abweichungen zwischen verschiedenen Meldestichtagen kommen.

<sup>2</sup> Risikopositionsbeträge von regulatorisch konsolidierten Wertpapierfirmen.

Anmerkung: Datenstand: 29. Jänner 2019.

**Konsolidierte Ertragslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD<sup>1</sup>**

Periodenendstand	Q3 17	Q3 18
	in Mio EUR	
Zinsergebnis, netto	10.938	11.364
davon: Zinsen und ähnliche Erträge	17.116	18.200
(Zinsen und ähnliche Aufwendungen)	6.178	6.836
(Auf Anforderung rückzahlbare Aufwendungen für Aktienkapital) <sup>2</sup>	0	0
Dividendenerträge	402	400
Provisionsergebnis, netto	5.108	5.241
davon: Provisionserträge	6.980	7.099
(Provisionsaufwand)	1.872	1.859
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung von nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto <sup>3</sup>	218	129
Gewinne oder (-) Verluste aus Ausbuchungen von Anteilen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, netto für UGB-Banken <sup>4</sup>	x	1
Gewinne oder (-) Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto <sup>3</sup>	30	-599
Gewinne oder (-) Verluste aus nicht zum Handelsbestand gehörenden finanziellen Vermögenswerten, die erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten sind, netto <sup>2,4</sup>	x	8
Sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS und nGAAP FINREP <sup>3</sup>	375	999
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung nichtfinanzieller Vermögenswerte, netto <sup>4</sup>	x	2
Sonstige betriebliche Erträge	1.771	2.308
(Sonstige betriebliche Aufwendungen)	1.639	2.017
Betriebsserträge, netto	17.202	17.834
(Verwaltungsaufwendungen)	10.290	10.545
davon: (Personalaufwendungen)	6.164	6.239
(Sachaufwendungen)	4.126	4.306
(Abschreibungen)	735	798
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei nichtfinanziellen Vermögenswerten) <sup>3</sup>	110	60
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen) <sup>3</sup>	-76	224
Betriebsergebnis	6.143	6.207
(Rückstellungen oder (-) Wertaufholung für Kreditrisiko)	-88	-35
(Sonstige Rückstellungen) <sup>3</sup>	109	-35
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung für mit Anschaffungskosten bewerteten Darlehen, Kredite und Schuldtitel) <sup>4</sup>	x	-33
(Sonstige Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert und nicht zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten finanziellen Vermögenswerten) <sup>4</sup>	x	13
(Wertberichtigungen im Kreditgeschäft) <sup>5</sup>	376	x
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten) <sup>5</sup>	6	x
Erfolgswirksam erfasster negativer Geschäfts- oder Firmenwert <sup>3</sup>	1	0
Anteil des Gewinns oder (-) Verlusts aus Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen, die nicht voll- oder quotenkonsolidiert sind	861	954
Gewinn oder (-) Verlust aus als zur Veräußerung gehalten eingestuft langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen, die nicht die Voraussetzungen für eine Einstufung als aufgegebene Geschäftsbereiche erfüllen <sup>2</sup>	16	-91
Änderungsgewinne oder -verluste (-), netto für IFRS <sup>2,4</sup>	x	-7
Außerordentliches Ergebnis <sup>5</sup>	-2	x
Periodenergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen	6.616	7.155
(Ertragssteuern)	1.090	1.241
Periodenergebnis nach Steuern und vor Minderheitenanteilen	5.526	5.914
Außerordentlicher Gewinn oder (-) Verlust nach Steuern für UGB/BWG Melder <sup>4</sup>	x	1
Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern <sup>2</sup>	102	14
(Minderheitenanteile) <sup>3</sup>	484	475
Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen	5.144	5.453

Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Sekundärerhebung: Zusammenführung von Meldedaten von Kreditinstitutsgruppen (KI-Gruppen) und von unkonsolidierten Meldedaten der Einzelkreditinstitute. Im Rahmen des Belegs „Konsolidierte Ertrags- und Vermögenslage der in Österreich ansässigen Kreditinstitute auf Basis CBD“ werden quartalsweise regulatorisch konsolidierte (KI-Gruppen) und unkonsolidierte (Einzelkreditinstitute) Daten zu einer einheitlichen Darstellung der Ertrags- und Vermögenslage des gesamten österreichischen Bankenwesens unter Berücksichtigung von Verflechtungen aufgrund regulatorischer Konsolidierung automatisiert zusammengeführt. Die im obenstehenden Schema ausgewiesenen Positionen können im Zeitablauf der Veröffentlichung zu Meldeterminen vor Q1/18 anders benannt gewesen sein bzw. kann es bei der Definition einzelner Positionen über die angeführten Differenzen hinaus zu Abweichungen zwischen verschiedenen Meldedatums kommen.

<sup>2</sup> Für diese Positionen werden lediglich Daten von nach IFRS bilanzierenden KI-Gruppen dargestellt.

<sup>3</sup> Ab dem 1. Quartal 2018 ergibt sich eine Erhöhung der Meldepopulation für diese Positionen.

<sup>4</sup> Diese Position ist erst ab dem 1. Quartal 2018 verfügbar.

<sup>5</sup> Diese Position ist nur bis zum 4. Quartal 2017 verfügbar.

Anmerkung: Werte für das gesamte bisherige Geschäftsjahr in Mio EUR - Abzugsposten sind in Klammern dargestellt. Datenstand: 29.01.2019.

Tabelle 7

**Kredite gemäß ZKRM-V – alle Sektoren (Kreditinstitute, Leasing- und Versicherungsunternehmen)**

	2015		2016		2017		Q2 18		Q3 18	
	absolut in Mio EUR	Verteilung in %	absolut in Mio EUR	Verteilung in %	absolut in Mio EUR	Verteilung in %	absolut in Mio EUR	Verteilung in %	absolut in Mio EUR	Verteilung in %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	523	0,3	568	0,3	644	0,4	638	0,4	668	0,4
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	352	0,2	351	0,2	440	0,3	487	0,3	477	0,3
Herstellung von Waren	21.712	13,6	21.466	12,7	21.312	12,3	21.883	12,3	22.477	12,7
Energieversorgung; Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung	6.312	4,0	5.936	3,5	5.595	3,2	5.336	3,0	5.068	2,9
Bau	10.464	6,6	10.872	6,5	12.596	7,3	13.652	7,6	13.686	7,8
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	15.766	9,9	15.084	8,9	15.000	8,6	15.468	8,7	15.336	8,7
Beherbergung und Gastronomie	7.130	4,5	7.290	4,3	7.511	4,3	7.592	4,3	7.675	4,3
Verkehr und Lagerei	7.528	4,7	7.791	4,6	7.751	4,5	7.620	4,3	6.956	3,9
Information und Kommunikation	1.469	0,9	1.290	0,8	1.234	0,7	1.163	0,7	985	0,6
Grundstücks- und Wohnungswesen	53.230	33,4	54.413	32,3	57.720	33,2	59.948	33,6	59.517	33,7
Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben	12.132	7,6	19.215	11,4	19.974	11,5	20.487	11,5	19.198	10,9
Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen	5.103	3,2	5.429	3,2	5.767	3,3	5.655	3,2	5.583	3,2
Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	1.601	1,0	1.786	1,1	1.580	0,9	1.534	0,9	1.456	0,8
Erbringung von sonstigen (wirtschaftlichen) Dienstleistungen	1.413	0,9	1.368	0,8	1.450	0,8	1.584	0,9	1.450	0,8
Solidarkreditnehmergruppen	14.481	9,1	15.700	9,3	15.080	8,7	15.486	8,7	15.955	9,0
<b>Unternehmen insgesamt (ohne Einzelunternehmen)</b>	159.216	x	168.558	x	173.652	x	178.534	x	176.486	x
Unternehmen insgesamt (ohne Einzelunternehmen)	159.216	21,0	168.558	23,1	173.652	24,2	178.534	24,1	176.486	26,4
Sonstige inländische Kreditnehmer	27.329	3,6	27.802	3,8	27.597	3,8	27.902	3,8	28.312	4,2
Öffentlicher Sektor	68.870	9,1	67.657	9,3	61.182	8,5	59.949	8,1	50.040	7,5
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	222.484	29,4	206.530	28,3	207.085	28,9	211.489	28,6	190.605	28,6
<b>Ausland<sup>1</sup></b>	154.890	20,4	132.133	18,1	127.387	17,8	137.683	18,6	124.800	18,7
Euroraum ohne Österreich	125.193	16,5	128.124	17,5	120.470	16,8	124.231	16,8	97.089	14,5
<b>Summe Kredite gem. ZKR – alle Sektoren</b>	757.983	x	730.803	x	717.372	x	739.788	x	667.333	x

Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Alle natürlichen und juristischen Personen außerhalb des Euroraums.

Anmerkung: Die Meldepflicht für Vertragsversicherungen sowie für KAGs, Immo-KAGs und BVKs endete mit dem Meldetermin 31.08.2018. Darüber hinaus kommt es ab dem Meldetermin 30.09.2018 zu einem Datenbruch bei der Meldung von Leasinggesellschaften.

**Kredite gemäß ZKRM-V – Kreditinstitute insgesamt**

	2015		2016		2017		Q2 18		Q3 18	
	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in % <sup>1</sup>	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in % <sup>1</sup>	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in % <sup>1</sup>	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in % <sup>1</sup>	absolut in Mio EUR	Anteil der Kreditinstitute in % <sup>1</sup>
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	516	98,7	559	98,4	625	97,0	613	96,1	653	97,8
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	331	94,0	327	93,2	414	94,1	461	94,7	462	96,9
Herstellung von Waren	20.302	93,5	20.021	93,3	19.885	93,3	20.432	93,4	21.458	95,5
Energieversorgung, Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung	5.772	91,4	5.496	92,6	5.050	90,3	4.821	90,3	4.837	95,4
Bau	10.157	97,1	10.543	97,0	12.299	97,6	13.312	97,5	13.498	98,6
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	14.613	92,7	14.055	93,2	14.065	93,8	14.547	94,0	14.709	95,9
Beherbergung und Gastronomie	6.929	97,2	7.098	97,4	7.330	97,6	7.419	97,7	7.537	98,2
Verkehr und Lagerei	5.940	78,9	6.038	77,5	5.993	77,3	5.795	76,0	5.929	85,2
Information und Kommunikation	1.086	73,9	1.011	78,4	952	77,1	883	75,9	954	96,9
Grundstücks- und Wohnungswesen	50.150	94,2	51.919	95,4	55.270	95,8	57.531	96,0	58.633	98,5
Verwaltung und Führung von Unternehmen und Betrieben	11.223	92,5	17.580	91,5	18.618	93,2	19.121	93,3	18.933	98,6
Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen	4.496	88,1	4.843	89,2	5.068	87,9	4.885	86,4	4.952	88,7
Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	1.359	84,9	1.500	84,0	1.292	81,8	1.228	80,1	1.226	84,2
Erbringung von sonstigen (wirtschaftlichen) Dienstleistungen	1.301	92,1	1.262	92,3	1.324	91,3	1.463	92,4	1.373	94,7
Solidarkreditnehmergruppen	14.406	99,5	15.595	99,3	14.986	99,4	15.392	99,4	15.893	99,6
<b>Unternehmen insgesamt (ohne Einzelunternehmen)</b>	<b>148.581</b>	<b>93,3</b>	<b>157.847</b>	<b>93,6</b>	<b>163.173</b>	<b>94,0</b>	<b>167.904</b>	<b>94,0</b>	<b>171.047</b>	<b>96,9</b>
Unternehmen insgesamt (ohne Einzelunternehmen)	148.581	93,3	157.847	93,6	163.173	94,0	167.904	94,0	171.047	96,9
Sonstige inländische Kreditnehmer	27.076	99,1	27.575	99,2	27.399	99,3	27.715	99,3	28.183	99,5
Öffentlicher Sektor	60.770	88,2	59.545	88,0	51.326	83,9	50.108	83,6	48.975	97,9
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	199.415	89,6	183.706	88,9	187.039	90,3	191.100	90,4	184.573	96,8
Ausland <sup>2</sup>	141.480	91,3	119.036	90,1	110.413	86,7	121.441	88,2	123.961	99,3
Euroraum ohne Österreich	99.527	79,5	102.177	79,7	92.528	76,8	95.921	77,2	95.885	98,8
<b>Summe Kredite gem. ZKR – Kreditinstitute insgesamt</b>	<b>676.848</b>	<b>89,3</b>	<b>649.887</b>	<b>88,9</b>	<b>631.877</b>	<b>88,1</b>	<b>654.188</b>	<b>88,4</b>	<b>652.624</b>	<b>97,8</b>

Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Bezogen auf alle Sektoren (siehe Tabelle 7).<sup>2</sup> Alle natürlichen und juristischen Personen außerhalb des Euroraums.

Anmerkung: Die Meldepflicht für Vertragsversicherungen sowie für KAGs, Immo-KAGs und BVKs endete mit dem Meldetermin 31.08.2018. Darüber hinaus kommt es ab dem Meldetermin 30.09.2018 zu einem Datenbruch bei der Meldung von Leasinggesellschaften.



Tabelle 9

**Sonstige Finanzintermediäre**

	2015	2016	2017	Q2 17	Q3 17	Q4 17	Q1 18	Q2 18	Q3 18
<i>in Mio EUR</i>									
<b>Investmentfonds</b>									
<b>Bereinigtes Fondsvolumen (abzüglich der „Fonds-in-Fonds“-Veranlagungen)</b>	143.932	148.684	156.179	151.762	153.720	156.179	154.436	155.437	156.153
<b>Veränderung des bereinigten Fondsvolumens</b>	5.583	4.753	7.495	582	1.958	2.459	-1.742	1.005	716
Bereinigte Nettomittelveränderung	3.984	628	3.383	647	899	1.156	887	577	327
Kapitalveränderung durch Ausschüttungen zum Ex-Tag	1.946	1.453	1.417	249	301	604	291	244	231
Kapitalveränderung durch Kurswertveränderungen und Erträge	3.545	5.578	5.529	184	1.360	1.907	-2.338	672	620
<b>Pensionskassen</b>									
Vermögensbestand	19.527	20.882	22.234	21.694	21.933	22.234	22.224	22.271	22.285
in Euro	19.023	20.488	21.770	21.307	21.464	21.770	21.719	21.761	21.821
in Fremdwährung	504	394	464	387	468	464	504	509	464
Inländische Investmentzertifikate	16.276	17.140	18.197	17.751	17.938	18.197	17.997	17.945	18.031
Ausländische Investmentzertifikate	2.081	2.656	3.001	2.913	3.039	3.001	3.224	3.270	3.301
<b>Versicherungen<sup>1</sup></b>									
Inländische Schuldverschreibungen	x	16.447	15.854	16.218	15.857	15.854	15.691	15.759	15.370
Ausländische Schuldverschreibungen	x	37.841	39.053	38.035	38.910	39.053	38.591	38.576	38.386
Inländische Anteilswerte und sonstige inländische Wertpapiere	x	17.257	15.966	18.003	18.422	15.966	15.892	15.455	15.255
Ausländische Anteilswerte und sonstige ausländische Wertpapiere	x	5.125	5.300	5.102	5.227	5.300	5.396	5.250	5.480
Investmentfondsanteile	x	33.665	34.538	33.394	33.804	34.538	34.322	34.537	34.841
Summe der Aktiva	x	138.938	137.104	140.335	140.762	137.104	137.311	136.644	135.617

Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Seit dem 3. Quartal 2016 wird die Versicherungsstatistik gem. EZB-VO 2014/50 anhand der aufsichtsrechtlichen Solvency II-Daten gem. RL 2009/138/EG erhoben.

## Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen im dritten Quartal 2018

Nicht-finanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	davon Monetäre Finanzinstitute	davon Investmentfonds	davon sonstige nicht-monetäre Finanzinstitute	davon Versicherungen	davon Pensionskassen	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
-------------------------------	-----------------------------------	--------------------------------	-----------------------	---	----------------------	----------------------	-------------------	--	------------------------------------

Bestände in Mio EUR

### Geldvermögen

Währungsgold und Sonderziehungrechte (SZR)	x	11.165	11.165	x	x	x	x	x	x	2.093
Bargeld	1.593	7.088	7.043	0	25	21	0	23.164	0	3.716
Täglich fällige Einlagen	56.573	121.274	100.854	5.910	10.146	3.515	849	144.503	5.691	91.430
Sonstige Einlagen	19.448	164.496	152.898	962	9.987	489	160	102.775	1.452	46.728
Kurzfristige Kredite	37.631	72.187	67.883	5	3.340	960	0	2.306	0	24.704
Langfristige Kredite	98.877	395.672	371.818	190	18.644	5.005	15	185	12	82.855
Handelskredite	55.168	82	50	0	31	0	0	1	1	19.285
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	62	1.881	1.401	444	3	32	0	1.535	11	7.152
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	5.177	311.125	174.182	80.249	2.972	53.350	373	27.803	1.357	295.196
Börsennotierte Aktien	26.368	56.206	4.536	28.113	22.208	1.349	0	25.606	808	55.598
Nicht börsennotierte Aktien	41.041	88.394	22.149	165	58.038	7.987	56	2.785	20	26.193
Investmentzertifikate	12.018	151.068	15.837	60.325	18.217	35.019	21.670	60.819	2.840	20.348
Sonstige Anteilsrechte	184.796	102.277	28.998	1.983	66.672	4.624	0	123.170	1.683	172.333
Lebensversicherungsansprüche	x	x	x	x	x	x	x	77.891	x	1.924
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	2.810	3.971	0	0	0	3.971	0	3.576	0	1.140
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	x	x	x	x	0	44.071	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	0	0	0	0	0	0	11.394	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	8.579	13.865	5.862	15	7.011	857	119	11.556	12	6.979
<b>Finanzvermögen in Summe (Bestände)</b>	<b>550.141</b>	<b>1.500.751</b>	<b>964.674</b>	<b>178.361</b>	<b>217.295</b>	<b>117.180</b>	<b>23.242</b>	<b>663.137</b>	<b>13.886</b>	<b>857.675</b>

Über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR

### Geldvermögensbildung

Währungsgold und Sonderziehungrechte (SZR)	x	7	7	x	x	x	x	x	x	0
Bargeld	103	3.071	3.077	0	1	-7	0	719	0	-386
Täglich fällige Einlagen	5.931	25	-1.842	-334	2.011	-51	241	14.092	576	12.883
Sonstige Einlagen	-2.109	1.586	498	-437	1.617	-65	-27	-7.374	-180	-6.243
Kurzfristige Kredite	2.173	8.454	7.446	2	1.048	-43	0	619	0	3.778
Langfristige Kredite	476	8.583	9.207	-13	-550	-76	15	-105	-4	-8715
Handelskredite	6.071	19	15	0	4	0	0	0	0	163
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	-4	-405	-479	59	-13	27	0	270	2	-4.177
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-668	8.425	8.373	901	57	-900	-5	-2.337	-94	1.905
Börsennotierte Aktien	-718	1.731	400	1.419	-105	16	0	215	7	529
Nicht börsennotierte Aktien	-2.093	825	458	33	-97	435	-3	-184	-1	515
Investmentzertifikate	574	2.699	-182	1.409	769	463	240	3.285	146	252
Sonstige Anteilsrechte	10.932	1.824	252	-59	1.642	-11	0	-5	-2	11.167
Lebensversicherungsansprüche	x	x	x	x	x	x	x	-875	x	-79
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	-300	-890	0	0	0	-890	0	-381	0	122
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	x	x	x	x	0	-581	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	0	0	0	0	0	0	1.032	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	-1.713	-2.948	-1.963	38	-516	-528	21	4.928	-2	-950
<b>Geldvermögensbildung in Summe (Transaktionen)</b>	<b>18.653</b>	<b>33.005</b>	<b>25.267</b>	<b>3.020</b>	<b>5.868</b>	<b>-1.631</b>	<b>481</b>	<b>13.318</b>	<b>448</b>	<b>10.765</b>
<b>Nettogeldvermögen</b>	<b>-278.042</b>	<b>604</b>	<b>12.504</b>	<b>-4742</b>	<b>-20.322</b>	<b>10.804</b>	<b>2.360</b>	<b>473.458</b>	<b>10.718</b>	<b>-20.666</b>
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>-5.338</b>	<b>1.369</b>	<b>-2.695</b>	<b>-1.619</b>	<b>3.723</b>	<b>1.527</b>	<b>432</b>	<b>7.183</b>	<b>389</b>	<b>-7.701</b>

Quelle: OeNB.

## Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung und Verbindlichkeiten im dritten Quartal 2018

	Nicht-finanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	davon Monetäre Finanzinstitute	davon Investmentfonds	davon sonstige nicht-monetäre Finanzinstitute	davon Versicherungen	davon Pensionskassen	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
Bestände in Mio EUR										
<b>Verbindlichkeiten</b>										
Währungsgold und Sonderziehungsrechte (SZR) <sup>1</sup>	x	2.093	2.093	x	x	x	x	x	x	11.165
Bargeld	x	32.671	32.671	x	x	x	x	x	x	3.073
Täglich fällige Einlagen	x	418.537	418.537	x	x	x	x	x	x	28.901
Sonstige Einlagen	x	252.675	252.675	x	x	x	x	x	x	90.504
Kurzfristige Kredite	49.343	14.715	0	292	11.513	2.909	1	10.152	440	62.729
Langfristige Kredite	253.846	31.767	0	187	30.874	686	21	177.149	2.403	109.772
Handelskredite	51.860	22	10	0	12	0	0	51	0	21.950
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	661	4.005	3.958	x	47	0	0	x	x	1.959
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	40.381	146.660	132.320	0	10.858	3.483	0	x	x	185.472
Börsennotierte Aktien	92.611	36.054	28.269	x	1.974	5.811	x	x	x	53.187
Nicht börsennotierte Aktien	36.505	59.434	48.544	552	3.595	6.572	172	x	x	81.074
Investmentzertifikate	x	182.046	49	181.997	0	0	x	x	x	75.075
Sonstige Anteilsrechte	266.880	184.303	19.192	71	164.919	121	0	x	11	137.616
Lebensversicherungsansprüche	x	75.197	x	x	0	75.197	x	x	x	4.618
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	8.740	x	x	0	8.740	x	x	x	2.757
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	13.135	30.808	7.824	x	0	2.296	20.688	x	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	11.394	0	0	11.394	0	0	0	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	22.960	9.025	6.029	3	2.433	560	0	2.328	314	8.488
<b>Verbindlichkeiten in Summe (Bestände)</b>	<b>828.183</b>	<b>1.500.148</b>	<b>952.171</b>	<b>183.103</b>	<b>237.617</b>	<b>106.375</b>	<b>20.882</b>	<b>189.680</b>	<b>3.168</b>	<b>878.341</b>

Über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR

<b>Finanzierung</b>										
Währungsgold und Sonderziehungsrechte (SZR) <sup>1</sup>	x	0	0	x	x	x	x	x	x	7
Bargeld	x	2.101	2.101	x	x	x	x	x	x	1.442
Täglich fällige Einlagen	x	37.392	37.392	x	x	x	x	x	x	-2.378
Sonstige Einlagen	x	-17.017	-17.017	x	x	x	x	x	x	2.467
Kurzfristige Kredite	6.933	2.191	0	83	1.526	587	-6	723	-11	6.034
Langfristige Kredite	527	-1.714	0	-80	-1.065	-574	5	5.324	-38	-3.091
Handelskredite	4.518	2	0	0	3	0	0	11	0	1.477
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	100	-434	-395	x	-39	0	0	x	x	-329
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-453	4.170	4.751	x	-93	-488	0	x	x	1.110
Börsennotierte Aktien	-2.798	1.842	62	x	1.780	0	0	x	x	2.720
Nicht börsennotierte Aktien	-227	355	213	x	33	63	0	x	x	-1.120
Investmentzertifikate	x	4.598	-8	4.606	0	0	0	x	x	2.696
Sonstige Anteilsrechte	10.712	983	1.950	0	-993	26	0	x	-1	11.655
Lebensversicherungsansprüche	x	-1.242	0	x	0	-1.242	0	x	x	288
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	-866	0	x	0	-866	0	x	x	-583
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	-111	-473	-629	x	0	106	50	x	x	0
Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen	0	1.032	0	0	1.032	0	0	0	0	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	4.791	-1.282	-457	-16	-39	-771	0	77	109	-3.930
<b>Finanzierung in Summe (Transaktionen)</b>	<b>23.992</b>	<b>31.636</b>	<b>27.962</b>	<b>4.638</b>	<b>2.145</b>	<b>-3.158</b>	<b>49</b>	<b>6.135</b>	<b>59</b>	<b>18.465</b>
<b>Nettogeldvermögen</b>	<b>-278.042</b>	<b>604</b>	<b>12.504</b>	<b>-4.742</b>	<b>-20.322</b>	<b>10.804</b>	<b>2.360</b>	<b>473.458</b>	<b>10.718</b>	<b>-20.666</b>
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>-5.338</b>	<b>1.369</b>	<b>-2.695</b>	<b>-1.619</b>	<b>3.723</b>	<b>1.527</b>	<b>432</b>	<b>7.183</b>	<b>389</b>	<b>-7.701</b>

Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Auslandsposition der OeNB inklusive Barrengold, der eine imputierte Verbindlichkeit des Auslands gegenübergestellt wird.

**Zahlungsbilanz – Gesamtübersicht – Global**

		2015	2016	2017	Q4 17	Q1 18	Q2 18	Q3 18
		<i>in Mio EUR</i>						
<b>Leistungsbilanz</b>	Netto	5.939	8.825	7.217	2.352	5.299	961	850
	Credit	203.108	219.194	231.763	60.008	61.924	59.946	60.686
	Debet	197.169	210.369	224.546	57.657	56.625	58.985	59.836
<b>Güter</b>	Netto	2.277	1.881	872	-128	1.053	1.712	992
	Credit	129.182	130.510	139.261	35.578	37.143	38.253	37.070
	Debet	126.905	128.629	138.390	35.705	36.091	36.541	36.078
<b>Dienstleistungen</b>	Netto	10.199	10.770	10.151	2.670	5.938	657	1.374
	Credit	53.214	55.629	59.191	15.227	17.244	13.415	15.829
	Debet	43.015	44.860	49.040	12.557	11.306	12.758	14.456
<b>Primäreinkommen</b>	Netto	-3.391	-406	-982	400	-695	-478	-727
	Credit	15.837	27.951	27.894	7.622	6.282	7.025	6.493
	Debet	19.227	28.357	28.877	7.222	6.977	7.503	7.220
<b>Sekundäreinkommen</b>	Netto	-3.146	-3.421	-2.823	-590	-997	-931	-789
	Credit	4.876	5.104	5.416	1.582	1.255	1.252	1.293
	Debet	8.021	8.524	8.240	2.172	2.252	2.183	2.082
<b>Vermögensübertragungen</b>	Netto	-1.796	-372	-253	-90	-138	-54	-20
	Credit	675	984	322	110	62	76	117
	Debet	2.472	1.356	575	200	200	131	137
<b>Kapitalbilanz</b>	Netto	4.016	10.671	8.995	2.667	7.544	-112	-2.399
<b>Direktinvestitionen i.w.S.</b>	Netto	5.223	1.882	44	1.791	-247	-453	-8.734
<b>Forderungen</b>	Netto	-2.002	-24.726	13.702	7.446	3.824	-108	298
<b>Verpflichtungen</b>	Netto	-7.225	-26.608	13.658	5.655	4.070	345	9.032
<b>Direktinvestitionen i.e.S.</b>	Netto	4.993	5.550	-470	1.932	-306	-623	-8.068
<b>Im Ausland</b>	Netto	6.335	-1.836	9.373	9.189	2.845	548	-4.309
<b>In Österreich</b>	Netto	1.341	-7.386	9.843	7.257	3.151	1.171	3.759
<b>Portfolioinvestitionen</b>	Netto	14.054	23.699	18.816	4.672	1.514	-404	932
<b>Forderungen</b>	Netto	743	5.354	7.830	2.130	-428	-102	2.199
Anteilsbriefe und Investmentzertifikate	Netto	5.105	8.240	9.767	2.417	1.215	813	936
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	Netto	-3.590	-2.977	-692	391	-1.528	-1.118	1.045
Geldmarktpapiere	Netto	-772	92	-1245	-678	-115	204	217
<b>Verpflichtungen</b>	Netto	-13.311	-18.345	-10.986	-2.543	-1.942	302	1.267
Anteilsbriefe und Investmentzertifikate	Netto	1.276	1.071	4.594	1.660	-1.460	-886	51
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	Netto	-10.472	-20.353	-10.991	-577	-2.121	1.793	2.803
Geldmarktpapiere	Netto	-4.115	937	-4.589	-3.626	1.639	-605	-1.586
<b>Sonstige Investitionen</b>	Netto	-14.426	-14.965	-5.850	-4.021	3.763	1.376	5.965
<b>Forderungen</b>	Netto	-16.715	-19.152	7.496	-9.240	13.996	-1.146	-358
davon Handelskredite	Netto	-536	216	1.450	98	1.144	-117	-155
davon Kredite	Netto	-1.877	-4.950	-460	-2.977	19	2.340	2.413
davon Bargeld und Einlagen	Netto	-14.306	-14.888	6.587	-6.778	13.829	-3.369	-2.565
<b>Verpflichtungen</b>	Netto	-2.290	-4.187	13.346	-5.219	10.232	-2.523	-6.323
davon Handelskredite	Netto	797	1.105	1.240	-91	205	131	202
davon Kredite	Netto	4.024	3.002	3.257	-1.995	2.273	-5.370	-5.383
davon Bargeld und Einlagen	Netto	-7.575	-8.206	9.285	-2.928	7.830	2.734	-1.381
<b>Finanzderivate</b>	Netto	-527	-395	-905	-48	-376	-388	-127
<b>Offizielle Währungsreserven</b>	Netto	-309	451	-3.110	272	2.889	-243	-435
<b>Statistische Differenz</b>	Netto	-127	2.218	2.031	405	2.384	-1.018	-3.229

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Anmerkung: Bis 2015 endgültige Daten. 2016 und 2017 revidierte Daten. 2018 provisorische Daten.

Tabelle 13

## Österreichs Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland

	Q4 16 – Q3 17			Q4 17 – Q3 18		
	Credit	Debet	Netto	Credit	Debet	Netto
	<i>in Mio EUR</i>					
<b>Dienstleistungen</b>	57.815	48.203	9.613	61.715	51.077	10.639
Gebühren für Lohnveredelung	1.705	2.034	-329	1.660	2.288	-629
Reparaturdienstleistungen	629	720	-91	704	783	-79
Transport	13.673	14.112	-440	14.406	14.596	-191
Internationaler Personentransport	1.768	1.847	-79	1.817	1.877	-63
Frachten	9.664	11.077	-1.414	10.151	11.545	-1.394
Transporthilfsleistungen	1.588	847	740	1.698	807	892
Post- und Kurierdienste	654	340	313	739	367	373
Reiseverkehr	17.880	9.422	8.458	19.058	9.937	9.122
Geschäftsreisen	2.432	1.502	930	2.598	1.487	1.110
Urlaubsreisen	15.448	7.921	7.528	16.461	8.450	8.012
Bauleistungen	770	652	117	851	656	195
Versicherungsdienstleistungen	461	898	-436	458	937	-479
Finanzdienstleistungen	2.137	1.759	378	2.468	1.860	609
Finanzdienstleistungen im engeren Sinn	899	795	104	1.013	891	123
unterstellte Bankgebühr (FISIM)	1.239	965	273	1.455	968	487
Patente, Lizenzen, Franchise und Handelsmarken	1.136	1.500	-365	1.128	1.630	-503
Telekommunikations-, EDV- und Informationsdienstleistungen	5.699	4.341	1.358	6.106	4.857	1.251
Sonstige unternehmensbezogene Dienstleistungen	12.704	11.485	1.220	13.872	12.169	1.703
Forschungs- und Entwicklungsleistungen	2.238	978	1.258	2.364	1.043	1.322
Rechts- und Wirtschaftsdienste, Werbung und Marktforschung	3.354	4.083	-730	3.525	4.286	-761
Technische Dienstleistungen	3.392	2.092	1.299	3.793	2.208	1.586
Dienstleistungen für Landwirtschaft, Bergbau und Recycling	94	64	31	110	69	42
Operational Leasing	604	272	333	605	283	323
Handelsleistungen	1.008	1.254	-245	1.104	1.296	-192
Übrige unternehmensbezogene Dienstleistungen	2.013	2.740	-726	2.370	2.985	-615
Dienstleistungen für persönliche Zwecke, für Kultur und Erholung	532	1.183	-649	543	1.263	-721
Regierungsleistungen, a.n.g.	487	97	391	461	101	360
<b>Dienstleistungsverkehr nach Regionen</b>						
<b>EU-28</b>	44.427	38.099	6.329	47.476	40.600	6.876
davon Euroraum-19	35.101	27.483	7.617	37.562	29.108	8.454
davon Deutschland	23.546	14.422	9.124	25.219	15.114	10.106
davon Italien	2.769	2.759	10	2.789	2.951	-161
davon Vereinigtes Königreich	2.393	1.915	478	2.531	2.123	409
davon Ungarn	1.534	1.642	-109	1.655	1.688	-34
<b>Extra-EU-28</b>	13.389	10.105	3.285	14.240	10.477	3.762
davon Schweiz	4.604	2.022	2.582	4.798	2.201	2.598
davon USA	1.841	1.944	-105	1.999	2.006	-6
davon Russische Föderation	820	737	83	957	675	283
davon China	560	386	173	627	395	231

Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Anmerkung: Bis 2015 endgültige Daten, 2016 und 2017 revidierte Daten, 2018 provisorische Daten.

**Transaktionen Aktiver Direktinvestitionen**

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	
	<i>in Mio EUR</i>									
<b>nach Komponenten</b>										
<b>Transaktionen</b>	Netto	7.917	7.237	15.763	10.203	11.725	-547	6.335	-1.836	9.373
Eigenkapital	Netto	7.846	3.239	12.341	5.523	7.268	-3.040	3.772	-4.488	7.602
Neuinvestitionen (+)	Netto	20.364	12.499	21.981	20.457	20.310	32.554	16.723	21.292	20.303
Desinvestitionen (-)	Netto	12.518	9.260	9.640	14.934	13.042	35.595	12.951	25.779	12.701
Reinvestierte Gewinne	Netto	544	2.210	2.091	947	1.306	-1.114	650	5.025	3.739
Sonstiges DI-Kapital <sup>1</sup>	Netto	-473	1.788	1.332	3.733	3.152	3.607	1.913	-2.373	-1.967
Forderungen (+)	Netto	1.755	1.697	-1.261	1.415	4.502	3.263	1.851	-1.982	-161
Verbindlichkeiten (-)	Netto	2.228	-90	-2.592	-2.318	1.351	-345	-62	391	1.807
<b>nach Zielregion</b>										
<b>Global</b>		7.917	7.237	15.763	10.203	11.725	-547	6.335	-1.836	9.373
<b>EU-28</b>		3.074	1.137	7.125	3.215	9.549	1.502	3.666	5.455	6.297
Deutschland		1.180	673	3.476	-952	2.924	-805	543	1.160	-103
Italien		926	131	-137	699	-949	508	734	-80	-80
Vereinigtes Königreich		80	-45	1.090	-208	1.130	-806	-15	747	-657
Niederlande		-2.157	856	-44	-4352	5.335	5.183	-910	6.227	4.840
Ungarn		-743	136	390	227	-357	-214	661	-753	-276
Tschechische Republik		217	692	371	1.400	819	356	610	-922	576
Rumänien		1.000	461	744	825	789	-1.056	1.195	-918	425
<b>Extra-EU-28</b>		4.843	6.101	8.638	6.988	2.176	-2.050	2.668	-7.291	3.076
Schweiz		-149	651	590	1.294	-210	362	589	1.119	371
Türkei		586	1.251	1.676	1.540	-1503	428	191	-2.430	-1228
USA		593	165	791	537	1.602	1.115	583	-193	228
Russland		985	1.235	1.386	686	917	247	392	-468	1.706
China <sup>4</sup>		419	690	624	-263	-440	-173	127	243	544
<b>Europa</b>		5.031	4.823	12.114	8.659	11.143	1.579	5.182	3.685	6.358
Euroraum-19		1.719	1.463	3.390	84	6.965	3.808	794	10.144	5.024
CESEE <sup>3</sup>		2.990	3.168	6.165	4.928	2.464	-3.254	4.423	-6.359	3.274

**Transaktionen Passiver Direktinvestitionen**

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	
	<i>in Mio EUR</i>									
<b>nach Komponenten</b>										
<b>Transaktionen</b>	Netto	6.672	1.945	7.636	3.105	4.308	3.450	1.341	-7.386	9.843
Eigenkapital	Netto	3.998	1.619	7.418	1.753	5.113	4.547	2.729	-6.033	4.770
Neuinvestitionen (+)	Netto	10.612	14.380	13.825	7.152	11.456	21.327	13.250	8.938	17.833
Desinvestitionen (-)	Netto	6.615	12.761	6.407	5.399	6.343	16.781	10.521	14.971	13.064
Reinvestierte Gewinne	Netto	-1.206	964	1.839	237	-2.654	-2.564	570	3.442	4.772
Sonstiges DI-Kapital <sup>2</sup>	Netto	3.881	-639	-1.620	1.114	1.849	1.468	-1.958	-4.795	302
Forderungen (+)	Netto	-303	596	4.012	-279	-265	658	-726	5.244	1.000
Verbindlichkeiten (-)	Netto	3.577	-43	2.392	835	1.584	2.125	-2.685	449	1.302
<b>nach Herkunftsregionen</b>										
<b>Global</b>		6.672	1.945	7.636	3.105	4.308	3.450	1.341	-7.386	9.843
<b>EU-28</b>		2.899	3.795	3.846	2.962	-939	-778	7.703	-9.776	6.287
Deutschland		-1.168	-255	2.490	2.466	1.309	-1.421	3.460	176	2.288
Italien		237	2.418	273	-689	-1.724	-1.019	1.207	-6.904	262
Vereinigtes Königreich		-74	538	433	-325	430	-1.221	614	52	562
Niederlande		176	1.340	-235	485	1.127	1.183	1.708	-3.769	742
Luxemburg		276	134	74	147	1.081	926	814	777	1.947
Belgien		319	238	63	-281	-311	24	-28	-31	-63
Spanien		1.398	289	64	320	-66	-444	-193	239	-3
Frankreich		171	197	123	110	-678	196	-442	-258	500
<b>Extra-EU-28</b>		3.773	-1.850	3.791	142	5.247	4.228	-6.362	2.389	3.556
Schweiz		482	556	701	-355	311	-349	103	712	909
USA		2.784	-1.441	-559	-609	-565	155	-3.193	116	-4.761
Russland		-46	254	591	624	3.663	559	69	-211	6.746
Japan		-18	-161	174	51	-30	773	-207	-57	-27
<b>Europa</b>		3.251	4.400	5.990	3.061	2.954	-620	8.061	-9.178	13.306
Euroraum-19		2.549	3.318	3.116	3.038	108	521	7.045	-10.063	5.930
MOEL <sup>3</sup>		-83	24	824	603	3.561	511	188	-121	6.678

Quelle: OeNB.

<sup>1</sup> Nettogewährung Konzernkredite bei Aktiven Direktinvestitionen: Nettoveränderung der Forderungen abzüglich Nettoveränderung der Verpflichtungen.<sup>2</sup> Nettogewährung Konzernkredite bei Passiven Direktinvestitionen: Nettoveränderung der Verpflichtungen abzüglich Nettoveränderung der Forderungen.<sup>3</sup> Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kosovo, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, Weißrussland.<sup>4</sup> Einschließlich Hongkong.

Anmerkung: Bis 2015 endgültige Daten, 2016 und 2017 revidierte Daten.